Stadt Eschweiler Stellungnahme	Staatskanzlei NRW Erwiderung
Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2617 Schlagwort: Allg. Anmerkungen	
<p>Die veränderten Rahmenbedingungen des demographischen Wandels, der Globalisierung der Wirtschaft, des Klimawandels und der Entwicklungen im Einzelhandel machen eine Anpassung der raumordnerischen Ziele und Grundsätze des Landes Nordrhein-Westfalen erforderlich. Daher begrüßt die Stadt Eschweiler die Erarbeitung eines neuen Landesentwicklungsplans.</p> <p>Der am 25.6.2013 von der Landesregierung gebilligte Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP-Entwurf) vereinigt die bislang im Landesentwicklungsprogramm (LEPro), im Landesentwicklungsplan IV "Schutz vor Fluglärm" und im Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen von 1995 (LEP '95) enthaltenen Ziele und Grundsätze der Landesplanung in einem Planwerk. Die Integration aller landesplanerischen Regeln in einem einheitlichen Plan ist zu begrüßen.</p> <p>Allerdings stellt die Stadt Eschweiler fest, dass insbesondere die raumordnerischen Festlegungen des LEP-Entwurfs zum Siedlungsraum und zum Klimaschutz eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Entwicklung der Kommunen erheblich erschweren und ihre Planungshoheit unangemessen einschränken. Sie lehnt daher den vorgelegten LEP-Entwurf ab und fordert die Landesplanungsbehörde auf, diesen unter Berücksichtigung der Grundsätze der Überörtlichkeit, der Überfachlichkeit, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit zu überarbeiten und dabei auch die Anregungen der Stadt Eschweiler zu berücksichtigen.</p>	<p>Die Zustimmung zum LEP-Entwurf und die allgemeinen Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen; die Bedenken zu Klimaschutz und Siedlungsentwicklung werden im Zusammenhang den entsprechenden Festlegungen und Erläuterungen behandelt.</p>
Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2618 Schlagwort: Allg. Anmerkungen	
<p>Die Einleitung des LEP-Entwurfs 2013 ist wesentlich umfassender und detaillierter als die des LEP '95. Die Rahmenbedingungen und generellen Planungsabsichten werden umfassender vorab herausgestellt. Im LEP NRW '95 enthielt noch jedes Kapitel eigene Vorbemerkungen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert.</p>

<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler</p>	
<p>ID: 2619 Schlagwort: 1.1 Demographischer Wandel</p>	
<p>Der LEP-Entwurf geht davon aus, dass sich durch Singlehaushalte und kleine Haushalte älterer Menschen die Zahl der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte bis 2025 erhöhen wird und damit korrespondierend bis 2020 auch die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf. Der daraus gezogenen Schlussfolgerung eines Anstiegs der Wohnflächennachfrage ist zuzustimmen.</p> <p>Die weitere Aussage, dass die Nachfrage bei der Neuinanspruchnahme von Siedlungsflächen für Wohnen zurückgehen werde, kann allerdings in dieser Allgemeinheit nicht bestätigt werden. Hier ist vielmehr eine regional unterschiedliche Entwicklung zu beobachten. Darüber hinaus muss auch der Zuzug von Bürgern aus den neuen EU-Ländern berücksichtigt werden sowie die weitere Entwicklung bei der Wohnraumversorgung von aufgenommenen Bürgerkriegsflüchtlingen und zugewiesenen Asylbewerbern. Diese Effekte überlagern sich teilweise. Im Übrigen bleibt das Land den Nachweis für die These schuldig, dass sich in Zukunft die Nachfrage von Bauflächen aus dem Bestand von Wohnungen befriedigt. Es ist fraglich, ob gerade ältere Wohngebäude den heutigen Ansprüchen und Wünschen im Hinblick auf Energieeffizienz, Barrierefreiheit, aber auch bezüglich der Lage den Vorstellungen der Nachfragenden entsprechen.</p>	<p>Die Einleitung wird grundlegend umgestaltet um u.a. ein neues Kapitel zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu ergänzen. Damit einhergehend werden auch die einleitenden Angaben zum demographischen Wandel neu gefasst und aktualisiert (Kapitel 1.2neu).</p> <p>Soweit erforderlich werden auch Darstellungen in den Sachkapiteln entsprechend geändert; dies wird in den darauf bezogenen Stellungnahmen bzw. Erwiderungen erörtert. Bezüglich der Berücksichtigung veränderter Bevölkerungsprognosen sind die Festlegungen des LEP so gestaltet, dass die jeweils aktuelle Prognose bei der regional- und bauleitplanerischen Ermittlung des Siedlungsflächenbedarfs berücksichtigt werden kann.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler</p>	
<p>ID: 2620 Schlagwort: 1.1 Klimawandel</p>	
<p>Die Auswirkungen des Klimawandels sind nach Ansicht der Landesplanungsbehörde auch in Nordrhein-Westfalen spür- und messbar (Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur, vermehrte Wetterextreme, etc.). Nach Ansicht von Klimaforschern wird sich dieser Trend fortsetzen, weshalb der Auffassung der Landes zuzustimmen ist, dass Schutz- und Anpassungsmaßnahmen in der Regional-, Bauleit- und Fachplanung erforderlich sind.</p> <p>Wenn Raumordnungsmaßnahmen dazu beitragen sollen, die Klimaschutzziele des Landes Nordrhein-Westfalen zu verwirklichen, muss sich dies auf die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes beziehen. Gerade im Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien besteht die Aufgabe der Raumordnung in der Lösung von Konflikten, die sich aus unterschiedlichen Raumnutzungsansprüchen ergeben. Die genannte "besondere Verantwortung Landes NRW beim Klimaschutz" muss als Abwägungsbelang eingebunden sein in die zusammenfassende, überörtliche und fachübergreifende Raumordnungsplanung.</p>	<p>Die Ausführungen bestätigen die Auffassung der Landesregierung und die entsprechenden Angaben im LEP-Entwurf; der Entwurf des LEP soll insofern nicht geändert werden.</p>

Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2621 Schlagwort: 1.2 allgemein	
Eine detaillierte strategische Ausrichtung, wie sie dem LEP-Entwurf 2013 vorangestellt ist, findet sich noch nicht im LEP NRW '95.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Um Anregungen anderer Stellungnahmen aufzugreifen, wird die Einleitung grundlegend umgestaltet - u.a. um ein neues Kapitel zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu ergänzen. Damit einhergehend werden die Inhalte des bisherigen Kapitels 1.2 in die neuen Teilkapitel der Einleitung integriert.
Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2622 Schlagwort: 1.2 Freirauminanspruchnahme verringern	
Dem politischen Ziel, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen, ist zwar grundsätzlich zuzustimmen. Insofern wird das in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierte Ziel, die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke auf maximal 30 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, was in der Konkretisierung für NRW der Vorgabe eines 5-ha-Ziels entspricht, als politische Zielvorgabe unterstützt. Diese Ausrichtung darf jedoch die Chancen der Städte und Gemeinden auf eine nachhaltige Entwicklung nicht beeinträchtigen. Insofern muss den unterschiedlichen Flächenbedarfen und unterschiedlichen Potenzialen in den jeweiligen Teilräumen des Landes Rechnung getragen werden. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass schon jetzt die tägliche Zunahme der Gebäude- und Freiflächen einen stetigen Rückgang aufweist, während die Verkehrsflächen, die in die Berechnung des Flächenverbrauchs einbezogen werden, seit Anfang der 1990er Jahre ständig gewachsen sind. Im Übrigen bedarf das Erfassungssystem des 30-Hektar-Ziels einer dringenden Überarbeitung, da es Erholungsflächen und Grünanlagen dem Siedlungsraum zurechnet, obwohl hier eine Entsiegelung stattfindet und der Klima-, Landschafts- und Naturschutz befördert wird. Zieht man diese Freiflächen von den Siedlungsflächen ab, liegt der Grad der Versiegelung in NRW schon heute bei ca. 6 ha/Tag. Aus diesem Grund wird die Vorgabe exakt quantifizierter Flächenverbrauchsziele durch die Raumordnung und Landesplanung als nicht sachgerecht abgelehnt (Beschluss des Ausschusses für Städtebau, Bauwesen und Landesplanung des StGB)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bedenken zum 5-ha-Ziel und zur bedarfsgerechten Siedlungsflächenentwicklung werden durch Änderungen in den Festlegungen des Kapitels 6.1 berücksichtigt. Der LEP-Entwurf verzichtet bewusst auf Flächenverbrauchsvorgaben und starre Flächenkontingente; die Ermittlung des regionalen Flächenbedarfs ist Aufgabe der Regionalplanung.

<p>NRW vom 06.05.2009). Hinzu kommt, dass die ständig steigenden Zuwanderungszahlen von Bürgern aus den neuen EU-Ländern und die Pflicht der Kommunen, aufgenommene Bürgerkriegsflüchtlinge und zugewiesene Asylbewerber mit Wohnraum zu versorgen, einer strikten Mengenvorgabe entgegensteht. Es ist die Aufgabe der Städte und Gemeinden, im Rahmen ihrer Planungshoheit und Verantwortung für ihre Bürger und Einwohner eigenständig bedarfsgerechte Flächenausweisungen zu treffen. Aufgrund ihrer Kenntnisse über die örtlichen Verhältnisse und die Entwicklung ihrer Bevölkerung und Wirtschaft sind sie am besten in der Lage zu erkennen, ob sie hierfür auch Freiraum beanspruchen müssen. Dabei haben sie die städtebaulichen Grundsätze des BauGB zu beachten, wonach die Planung erforderlich (§ 1 Abs. 3 BauGB) sein muss und sie der Innenentwicklung Vorrang einräumen müssen (§ 1a Abs. 2 BauGB). Flächensparen gehört insoweit in die Abwägung und muss dort mit dem ihm zukommenden Gewicht berücksichtigt werden. Es muss aber dabei bleiben, dass die Gemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit die autonome Letztentscheidung trifft. Durch die neue strategische Ausrichtung auf die Verringerung der Freirauminanspruchnahme und die darauf beruhenden Vorschläge für neue raumordnerischen Festlegungen werden aber die Gestaltungsräume der kommunalen Planungshoheit im Vergleich zum LEP '95 über Gebühr eingeschränkt. Dies ist - auch vor dem Hintergrund der völlig unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen - nicht akzeptabel.</p> <p>Der Ansatz des Landes wirft schließlich die Frage auf, wer letztendlich darüber entscheidet, welchen Regionen zulasten anderer Regionen ("Saldotheorie") noch ein Zuwachs der Freiraumnutzung zugestanden wird und nach welchen Kriterien dies erfolgen soll. Eine Zustimmung aller Betroffenen dürfte hierzu kaum zu erreichen sein. Nicht hinnehmbar wäre es insoweit, wenn durch landesplanerische Entscheidungen dem ländlichen Raum Entwicklungsmöglichkeiten zu Gunsten des urbanen Raums genommen würden. Regionen, die besonders unter einem strukturellen und demographischen Wandel leiden, müssen Entwicklungsperspektiven geboten werden, damit sich ihre Problematik nicht verschärft und zu einem Trading-Down-Effekt führt.</p>	
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2623 Schlagwort: 1.2 Klimaschutzziele umsetzen</p>	
<p>Während der Klimaschutz im LEP '95 noch keine Rolle spielte, widmet der LEP Entwurf 2013 diesem Thema nun neben der Aufnahme eines strategischen Ziels ein eigenes Kapitel (Kapitel 4). Dabei wird insbesondere der Energieerzeugung eine</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Anregung wird durch eine Änderung des Ziels 10.2-2 (Umwandlung der Mengen- bzw. Flächenziele in einen</p>

<p>tragende Rolle zugeordnet. Sie soll auf einen stetig steigenden Anteil erneuerbarer Energien unter besonderer Beachtung der Windenergie umgestellt werden, der bis zum Jahr 2025 1,6 % der Landesfläche zur Verfügung gestellt werden soll. Der Entwurf macht deutlich, dass diese Vorgaben bereits auf der Ebene der Landes- und Regionalplanung zu berücksichtigen sind. Aus Sicht der Stadt Eschweiler und des StGB NRW besteht die Aufgabe der Raumordnung in erster Linie in der Lösung von Konflikten, die sich aus unterschiedlichen Raumnutzungsansprüchen ergeben. Hierzu gehört auch die Beratung von Raumnutzern bei konkreten Planungskonflikten. Demgegenüber wird die Vorgabe von strikt zu beachtenden flächenbezogenen Mengenzielen, die die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten erheblich einschränkt, abgelehnt.</p>	<p>Grundsatz 10.2-3neu) aufgegriffen.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2624 Schlagwort: 2-1 Ziel Zentralörtliche Gliederung</p>	
<p>Der LEP-Entwurf übernimmt unverändert die zentralörtliche Gliederung, wie sie bereits dem LEP NRW `95 zugrunde lag, als Grundlage für die weitere räumliche Entwicklung. Danach sind alle 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Zentrale Orte, die als Ober-, Mittel- oder Grundzentrum abschließend festgelegt werden (siehe Anhang 1 des LEP-Entwurfs). Dies ist insbesondere im Hinblick darauf zu begrüßen, dass jeder Gemeinde in NRW mindestens die zentralörtliche Funktion eines Grundzentrums zugewiesen wird.</p> <p>Allerdings schließt die Landesplanungsbehörde in den Erläuterungen zu diesem Ziel angesichts des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs Tragfähigkeitsprobleme und Unsicherheiten beim Fortbestand einiger Mittelzentren nicht aus und will daher die zentralörtliche Bedeutung der Städte und Gemeinden sowie die daran anknüpfenden Steuerungsmöglichkeiten für die Sicherung der Daseinsvorsorge in der Laufzeit des neuen LEP überprüfen. Aus Gründen der Planungssicherheit und zur Erhaltung ihrer Entwicklungsperspektiven ist es für die Kommunen aber von großer Bedeutung, dass während der Geltungsdauer des neuen LEP ihre zentralörtliche Funktionszuweisung erhalten bleibt. Aus der getroffenen landesplanerischen Entscheidung ergibt sich vielmehr eine Pflicht des Landes zur Erhaltung der zugewiesenen zentralörtlichen Funktion, sobald Tragfähigkeitsprobleme in einem zentralen Ort auftreten. Nur auf diese Weise erfüllt das Land seine raumordnerische Aufgabe, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes sicherzustellen. Die Stadt Eschweiler erwartet, dass der StGB NRW in die angekündigte Überprüfung der</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert.</p> <p>Über eine Veränderung der zentralörtlichen Einstufung soll erst im Rahmen der angekündigten Überprüfung der zentralörtlichen Gliederung und der dabei zu diskutierenden Ausstattungsstandards entschieden werden. Sollte die Überprüfung zur Änderung landesplanerischer Festlegung führen, werden diese selbstverständlich im Zuge einer förmlichen LEP-Änderung vollzogen, so dass alle Betroffenen beteiligt sind und durchgängig Planungssicherheit haben.</p> <p>Die unveränderte Beibehaltung der zentralörtlichen Gliederung NRW's ist auch deshalb gerechtfertigt, weil hiermit zwar ein "raumstrukturelles Gerüst" (verbindlich) festgelegt, diesem aber der Charakter eines Orientierungsrahmens ohne strikte Rechtsfolgen gegeben wird.</p> <p>Eine Überprüfung bedarf zunächst einer</p>

<p>zentralörtlichen Bedeutung der Städte und Gemeinden aktiv eingebunden wird. Schon jetzt arbeitet dieser in einer Arbeitsgruppe der LAG ARL zur Neuauflistung des Zentrale-Orte-Konzeptes in NRW mit.</p>	<p>wissenschaftlichen Aufbereitung und einer bundesweiten Diskussion bzw. grundsätzlichen Abstimmung. Das Thema kann deshalb noch nicht in die vorliegende Neuauflistung des LEP einbezogen werden. Bundesweit (MKRO und Gutachtauftrag des BBSR) wie auch in NRW (Arbeitsgruppe der ARL-LAG NRW) sind bereits entsprechende Arbeiten angelaufen. Der Städte- und Gemeindebund ist in diese Vorarbeiten eingebunden.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2625 Schlagwort: 2-2 Grundsatz Daseinsvorsorge</p>	
<p>Der LEP-Entwurf enthält erstmals einen eigenen Grundsatz zur Daseinsvorsorge. Angesichts zurückgehender Bevölkerungszahlen, einer alternden und daher an Mobilität einbüßenden Gesellschaft und erhöhter Anforderungen an die Teilhabe von Menschen mit Behinderung sieht die Landesplanungsbehörde in der Sicherung der vorhandenen Struktur einen wichtigen Aspekt zur Erfüllung der Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dieser Grundausrichtung ist zuzustimmen. Sie ist aber keineswegs nur an die kommunalen Gebietskörperschaften adressiert, wie nach den Ausführungen in den Erläuterungen irrtümlich angenommen werden könnte. Auch das Land ist im Bereich seiner eigenen Aufgabenträgerschaft, seiner investiven Tätigkeit und seinen legislativen Entscheidungen mit direkten Auswirkungen auf kommunale Strukturen (wie z.B. im Bildungsbereich) für eine auskömmliche Ausstattung der Kommunen mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge verantwortlich. Diese Aufgabenzuständigkeit sollte im Festlegungstext ebenfalls zum Ausdruck gebracht werden. Der Grundsatz ist geprägt von der Notwendigkeit einer räumlichen Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Sicherstellung der Erreichbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen zur Vermeidung sozialer Segregation und Ausgrenzung. Damit dieser schwierige Prozess gelingt, muss er in Abstimmung und im Konsens mit den Kommunen, den regionalen Verkehrsträgern und den betroffenen Einrichtungen unter Würdigung ihrer objektiven Möglichkeiten erfolgen.</p>	<p>Die grundsätzliche Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Den weitergehenden Anregungen wird nicht gefolgt; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert. Die Festlegungen des LEP-Entwurfs sind auf die Steuerung räumlicher Strukturen ausgerichtet; in diesem Fall die räumliche Zuordnung von Einrichtungen, (Wohn-)Siedlungen und Verkehrsverbindungen im Sinne einer guten Erreichbarkeit. Die Ausstattung mit Einrichtungen und deren (finanzielle) Förderung liegt nicht in der Zuständigkeit der Raumordnung. Die weitere Umsetzung und Verwirklichung der Daseinsvorsorge muss deshalb (wie in der Stellungnahme ausgeführt) "in Abstimmung und im Konsens mit den Kommunen, den regionalen Verkehrsträgern und den betroffenen Einrichtungen unter Würdigung ihrer objektiven Möglichkeiten erfolgen."</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2626 Schlagwort: 3. Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung</p>	
<p>Die Zielfestlegung von Kulturlandschaften (3-1) kann dazu beitragen, die Identität der ortsansässigen Bevölkerung mit ihrer Region zu stärken und als Standortfaktor die wirtschaftliche Entwicklung und den Tourismus zu unterstützen. Die Festlegung wird</p>	<p>Die Zustimmung zum LEP-Entwurf wird zur Kenntnis genommen; der LEP-Entwurf wird nach Rücksprache mit</p>

<p>daher begrüßt. Dies gilt auch für die 29 von den Landschaftsverbänden ermittelten bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche, die in dem Grundsatz 3-2 unter Wahrung ihres besonderen kulturlandschaftlichen Wertes entwickelt werden sollen, und die historischen Stadt- und Ortskerne, deren historische Struktur und Erscheinungsbild bei der weiteren Siedlungsentwicklung gewahrt werden sollen (Grundsatz 3-3). Dabei kommt nach Auffassung der Stadt Eschweiler und des StGB NRW den historischen Stadt- und Ortskernen für die Entwicklung der Kulturlandschaften und der bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche eine besondere Bedeutung zu, die sich in der Förderung dieser Stadt- und Ortskerne wirksam widerspiegeln muss.</p> <p>Die Stadt Eschweiler liegt im Grenzbereich zwischen den beiden Kulturlandschaften Aachener Land und Jülicher Börde. Gleichzeitig ist Eschweiler aber auch Teil des "indelandes". Es wird angeregt, nach dem Grundsatz 3-4 die Bergbaufolgelandschaft und den Prozess der "indeland"-Kommunen zur Gestaltung der Zukunft dieses Landschaftsraumes auch auf Landesebene anzuerkennen und das "indeland" als neue Kulturlandschaft in die Liste des LEP in der Abbildung 2 aufzunehmen.</p>	<p>dem LVR diesbezüglich nicht geändert.</p> <p>"Indeland" ist ein unter touristischen und Image-Gesichtspunkten entwickelter Begriff, der sich auf einen Raum mit einer z.Z. zu schaffenden neuen Landschaft ohne historisch-kulturelle Dimension bezieht Ggf. kann in der Regionalplanung für diese Bergbaufolgelandschaft der LEP-Grundsatz 3-4 (neu zu gestaltender Landschaftsbereich) zur Anwendung kommen.</p> <p>Eine finanzielle Förderung konkreter Maßnahmen liegt nicht in der Zuständigkeit der Raumordnung.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2627 Schlagwort: 4. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel</p>	
<p>Die Grundsätze 4-1 und 4-2 greifen verschiedene Ansätze des Klimaschutzes wie z.B. den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Sicherung von Trassen für zusätzliche Energieleitungen, die Nutzung der Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung und der industriellen Abwärme sowie Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie z.B. die Sicherung und Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen und die Risikovorsorge in potentiellen Überflutungsbereichen auf.</p> <p>Nach § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG ist den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen, sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen. Dabei sind u.a. die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für eine sparsame Energienutzung zu schaffen. Die Festlegungen des Landes konkretisieren diese Vorgaben des ROG und dienen der wichtigen Aufgabe des Klimaschutzes, dem sich auch die Kommunen im Rahmen ihrer Bautätigkeit und Gemeindeentwicklung und durch die Aufstellung von Klimaschutzkonzepten widmen. Da es sich bei den vorgenannten Festlegungen um Grundsätze der Raumordnung handelt, die mit anderen Nutzungsansprüchen an den Raum abgewogen werden, sind sie zu begrüßen.</p>	<p>Die Zustimmung zum LEP-Entwurf wird zur Kenntnis genommen; der LEP-Entwurf wird insofern nicht geändert.</p>

Beteiligter: Stadt Eschweiler

ID: 2628 Schlagwort: 4-3 Ziel Klimaschutzplan

Nach Ziel 4-3 sollen die Raumordnungspläne diejenigen Festlegungen des Klimaschutzplans NRW umsetzen, die gemäß § 6 Abs. 6 Klimaschutzgesetz NRW für verbindlich erklärt worden sind, soweit sie durch Ziele und Grundsätze der Raumordnung gesichert werden können. Bei diesen Festlegungen handelt es sich um Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Energieeinsparung, zur Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz sowie des Ressourcenschutzes, um nachhaltige Strategien und Maßnahmen, um die Klimaschutzziele sowie die im Klimaschutzplan genannten Zwischenziele und sektoralen Zwischenziele zu erreichen, und um sektor-spezifische Strategien und Maßnahmen, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW hat bereits in Ihrer Stellungnahme vom 16.01.2012 zum Entwurf des Klimaschutzgesetzes die Festlegung von Klimaschutzziele in Raumordnungsplänen als Ziele der Raumordnung abgelehnt. Die in Ziel 4-3 vorgesehene Umsetzungspflicht von Festlegungen des Klimaschutzplans in den Regionalplänen widerspricht dem in den §§ 4 und 5 ROG normierten Verhältnis von Fachplanung zur Raumordnung. Diese Normen schreiben den umgekehrten Fall vor, nämlich die Bindungswirkung der Fachplanungsträger an raumordnerische Festlegungen. Wenn aber - wie im vorliegenden Fall - die Raumordnung eine Fachplanung konkretisieren muss, kann sie nicht mehr ihre Aufgabe als Gesamtplanung erfüllen und unterschiedliche Fachplanungen und Nutzungsansprüche an den Raum koordinieren und ausgleichen. Sie wird zum Ausführungsinstrument einer Fachplanung degradiert. Dieser Systembruch begegnet erheblichen rechtlichen Bedenken.

Diese Bedenken werden dadurch verstärkt, dass die umfangreichen Ziele und Maßnahmen, die gemäß § 6 Abs. 6 Klimaschutzgesetz NRW für verbindlich erklärt werden sollen, nicht bestimmt sind. Zum einen liegt der Klimaschutzplan NRW noch nicht vor. Zum anderen ist es erforderlich, dass sich die Ziele und Grundsätze aus dem LEP selbst, unmittelbar und hinreichend bestimmt ermitteln lassen. Das wird selbst dann nicht der Fall sein, wenn der Klimaschutzplan NRW verabschiedet sein wird. Insofern wird durch den Verweis auf den Klimaschutzplan NRW das aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleitete Bestimmtheitsgebot verletzt. Der "Blankoscheck" auf den Klimaschutzplan ist ungedeckt! Da hilft auch der Hinweis in Erläuterungen nicht,

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; den Hinweisen/Bedenken wird durch Streichung des Ziels 4-3 Klimaschutzplan Rechnung getragen. Die Festlegung ist als Ziel der Raumordnung nicht erforderlich, denn sie wiederholt lediglich die Rechtslage. Insofern wird der in § 12 Landesplanungsgesetz normierte Zusammenhang von Klimaschutzplan und Raumordnungsplänen nur noch in den Erläuterungen des Kapitels 4 dargelegt.

Materiell sind (in Abwägung mit anderen räumlichen Ansprüchen) im Entwurf des LEP zu den heute erkennbaren räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes bereits raumordnerische Ziele und Grundsätze enthalten.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass übergreifende materielle Vorgaben zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel im Kapitel 4 zusammenfassend nur als Grundsätze festgelegt sind; bestimmte Aspekte sind dann in nachfolgenden Kapiteln als Ziele und Grundsätze zu Sachbereichen eingearbeitet.

<p>dass ein Raumbezug für die Umsetzung erforderlich ist (LEP-Entwurf, Seite 24, letzter Absatz). Schließlich fehlt es an der für eine Zielbestimmung notwendigen abschließenden Abwägung zum Zeitpunkt der Aufstellung des LEP. Das Ziel 4-3 gibt den Regionalplanungsbehörden die Umsetzung der (noch unbekannt) Festlegungen des Klimaschutzplans NRW verpflichtend vor, ohne sie zuvor mit den weiteren Anforderungen und Ansprüchen an die Raumnutzung abgewogen zu haben. Mit dieser Beschneidung des regionalplanerischen Abwägungserfordernisses wird indirekt auch die kommunale Planungshoheit in unzulässiger Weise eingeschränkt. Die Zielbestimmung ist daher zu streichen. Zu begrüßen ist, dass die raumrelevanten Aussagen in kommunalen Klimaschutzkonzepten in die Regionalplanung einfließen sollen. Hierdurch werden zeit- und kostenaufwendige Anpassungen vermieden und kommunale Belange im Sinne des Gegenstromprinzips berücksichtigt. Aus kommunaler Sicht wird allerdings darauf zu achten sein, dass das Land keine einschränkende inhaltlichen Vorgaben für die Anerkennung bereits vorliegender kommunaler Klimaschutzkonzepte macht.</p>	
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2629 Schlagwort: 5. Regionale und grenzübergreifende Zusammenarbeit</p>	
<p>Die im LEP '95 über verschiedene Kapitel verstreuten Aspekte der regionalen und europäischen Zusammenarbeit werden nunmehr in einem Kapitel mit drei Grundsätzen zusammengefasst. Der Grundsatz 5-1 schreibt vor, dass regionale Entwicklungskonzepte sowie Maßnahmen und Projekte für die regionale Daseinsvorsorge von der Regionalplanung wie Fachbeiträge berücksichtigt werden sollen. Die Aufwertung regionaler Konzepte soll einen verstärkten Anreiz zur Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften geben und ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen. Um wirksame Impulse setzen zu können, ist sie allerdings durch eine entsprechende Förderung zu unterstützen. Dies muss auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach dem Grundsatz 5-3 gelten. Auf diese Weise kann im Rahmen einer guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit auch im niederländischen und belgischen Grenzraum eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung gesichert werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung wird nicht gefolgt, da eine finanzielle Förderung entsprechender Maßnahmen nicht in der Zuständigkeit der Raumordnung liegt.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2630 Schlagwort: 6.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum</p>	
<p>Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist der Entwurf des neuen</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

<p>LEP strategisch auf die Verringerung der Freirauminanspruchnahme ausgerichtet. Zielvorgabe ist, das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf Netto-Null zu reduzieren. Diese Vorgabe spiegelt sich insbesondere in den Festlegungen zum Siedlungsraum, womit sowohl Wohnbauflächen (Allgemeiner Siedlungsbereiche ASB) als auch Gewerbeflächen (Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche GIB) erfasst sind, wider. Sie sind von einem restriktiven Duktus geprägt, der die kommunale Planungshoheit erheblich einschränkt. Insofern muss sowohl der Vorgabe exakt quantifizierter Flächenverbrauchsziele als auch den maßgeblichen, nachfolgend aufgeführten Festlegungen entgegen getreten werden.</p>	<p>Die Anregungen werden insofern berücksichtigt, als der überarbeitete LEP-Entwurf auch in Kap. 6 z. T. wesentliche Änderungen erfahren hat, die den Kommunen / Regionen in der Tendenz mehr Spielraum für planerische Entscheidungen einräumen, ihnen damit aber auch entsprechend mehr Verantwortung, den tatsächlichen Bedürfnissen und Entwicklungsmöglichkeiten nachzukommen, übertragen. Eine unzulässige Einschränkung der kommunalen Planungshoheit liegt damit nicht (mehr) vor.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2631 Schlagwort: 6.1-1 Ziel Ausrichtung der Siedlungsentwicklung</p>	
<p>In Ziel 6.1-1 werden die künftig geltenden Grundannahmen der Siedlungsentwicklung ("bedarfsgerecht und flächensparend") festgelegt. Korrespondierend zu den Feststellungen zum demographischen Wandel in der Einleitung (1.1 Rahmenbedingungen, S. 2 ff., siehe auch Ausführungen oben) verlagert sich der Schwerpunkt der Planung nach Ansicht der Landesplanungsbehörde im Vergleich zum LEP `95 von Siedlungsflächenneuausweisungen hin zur Erhaltung und qualitativen Entwicklung gewachsener Siedlungsstrukturen sowie an geeigneten Stellen zum Rückbau von Siedlungen und Infrastruktur. Die zeichnerische Festlegung des Siedlungsraums in der Karte ist eine nachrichtliche Darstellung aus den Regionalplänen (Stand: 01.01.2013). Was unter einer "flächensparenden" Siedlungsentwicklung zu verstehen ist, wird in den nachfolgenden Festlegungen konkretisiert. Wegen der diesbezüglichen grundsätzlichen Position wird auf die Ausführungen oben unter 1.2. zum strategischen Leitziel "Verringerung der Freirauminanspruchnahme" verwiesen, im Übrigen auf die Ausführungen zu den nachfolgenden Festlegungen. Was unter einer "bedarfsgerechten" Siedlungsentwicklung zu verstehen ist, führen die Erläuterungen näher aus. Danach sollen die Regionalplanungsbehörden den Siedlungsflächenbedarf nach einer "landeseinheitlichen Methode" ermitteln (Seite 31 und 36). In den Erläuterungen fehlen weitere Ausführungen zur Art der Methode und zur Berücksichtigung von Planungsspielräumen in den Kommunen. Das in diesem Zusammenhang ebenfalls in den Erläuterungen erwähnte Monitoring</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Bezüglich des Verweises der Beteiligten auf die eigenen Ausführungen zum strategischen Leitziel "Verringerung der Freirauminanspruchnahme" und auf die eigenen Ausführungen "zu den nachfolgenden Festlegungen" wird auf die dortigen Erwiderungen verwiesen. Den Anregungen wird insoweit Rechnung getragen, als in den Erläuterungen zu 6.1-1 ein landesweit einheitliches Vorgehen zur Ermittlung des rechnerischen Bedarfs an Wohnbau- und Wirtschaftsflächen beschrieben und definiert wird, welche Reserveflächen auf diesen errechneten Bedarf angerechnet werden müssen (Stichwort Siedlungsflächenmonitoring) sowie welche Konsequenzen sich daraus für die Frage der Neudarstellung von Siedlungsraum / -flächen ergeben. Bezüglich Wirtschaftsflächen soll dabei zukünftig nicht auf das im Vallée-Gutachten vorgeschlagene ISB-Modell (modifizierte GIFPRO-Methode), sondern auf die dort ebenfalls empfohlene Methode der Trendfortschreibung auf Basis der sich aus dem Siedlungsflächenmonitoring ergebenden Flächeninanspruchnahmen abgestellt</p>

(Seite 31 und 36), mit dem die ungenutzten, planerisch gesicherten Siedlungsflächen erfasst und in die Bedarfsplanung einbezogen werden sollen, ist ebenfalls unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände und unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit zu entwickeln.

werden. Im Bereich der Wohnbauflächen wird zwar im Wesentlichen die von Prof. Vallée entwickelte Methode zugrundegelegt jedoch mit leichten, aus dem Beteiligungsverfahren abgeleiteten Modifikationen (wie z. B. dem Zugeständnis, auch bei geringen bzw. negativen Bedarfen einen Grundbedarf in Höhe der Hälfte des Ersatzbedarfs anzuerkennen), die den Handlungsspielraum der Kommunen und Regionen erhöhen. Weitere Handlungsspielräume werden insofern eröffnet, als in den ergänzten Erläuterungen zu 6.1-1 ein Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 10 % (in begründeten Ausnahmefällen maximal bis zu 20%) vorgegeben wird.

Was das Siedlungsflächenmonitoring angeht, wird darauf hingewiesen, dass der als Grundlage in Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsbehörden unter Berücksichtigung der in einzelnen Planungsregionen bereits bestehenden Monitoringsysteme erarbeitete Kriterienkatalog sowohl mit den Kammern als auch mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert wurde. Die aus diesen Gesprächen resultierenden Anregungen wurden, wo aus Sicht der Landesplanungsbehörde sinnvoll, berücksichtigt. Der (überarbeitete) Kriterienkatalog (Stand April 2013) ist Grundlage des von IT.NRW ebenfalls unter Berücksichtigung der bestehenden Systeme entwickelten Geodatensystems für das Siedlungsflächenmonitoring. Mittlerweile wurde ein erster Durchlauf des Siedlungsflächenmonitorings durchgeführt. Der Rücklauf der ersten Runde war gerade im Hinblick auf die Kritik im Beteiligungsverfahren überraschend gut. Offensichtlich haben viele Gemeinden den Wert dieses Monitorings - z. B. auch für eigene Planungen im Hinblick auf § 1 a Abs. 2 BauGB - erkannt. Nach vollständiger Auswertung der Ergebnisse ist eine

	<p>Evaluierung dieser ersten Erhebungsrunde vorgesehen. Die Evaluierung wird zeigen, inwieweit an der einen oder anderen Stelle noch nachgebessert werden muss. Die Erhebung soll spätestens alle drei Jahre wiederholt werden.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2632 Schlagwort: 6.1-2 Ziel Rücknahme von Siedlungsflächenreserven</p>	
<p>Der Vorgabe, für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, ist weiterhin entschieden zu widersprechen. Soweit diese Rücknahmepflicht Darstellungen in Flächennutzungsplänen betrifft, verletzt sie die verfassungsrechtlich in Art. 28 Abs. 2 GG und Art. 78 LVerf NRW verankerte kommunale Planungshoheit ebenso wie die höherrangige Regelung des § 6 BauGB, welche die Genehmigung des Flächennutzungsplans durch die höhere Verwaltungsbehörde (Bezirksplanungsbehörde) regelt. Die Möglichkeit des Bedarfsnachweises ist keine adäquate Kompensation der Einschränkung der kommunalen Planungshoheit.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen wird nur insofern gefolgt, als durch die Integration des ehemaligen Ziels 6.1-2 (Flächenrücknahme) in das neue Ziel 6.1-1 klargestellt wird, dass die Flächenrücknahme im Zusammenhang mit Planverfahren und nicht "willkürlich" außerhalb solcher Planverfahren erfolgt. Da die Regionalplanung bei einer Fortschreibung die Darstellung von Siedlungsraum auf einen Bedarf von in der Regel mindestens 15 Jahren auslegt, sind aus Sicht des Plangebers damit ausreichende Handlungsspielräume gewährleistet, ein kommunales Bodenmanagement und eine langfristige Planung der städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde damit nach wie vor möglich.</p> <p>Eine Streichung des Ziels der Flächenrücknahme (nun letzter Absatz von Ziel 6.1-1) oder eine Umformulierung dieses Ziels in einen Grundsatz werden vor diesem Hintergrund und aus den folgenden Gründen abgelehnt. Das Grundgesetz gewährleistet den Gemeinden kein uneingeschränktes Recht der Selbstverwaltung, sondern lässt dieses gemäß Art. 28 Abs.2 S.1 Grundgesetz (GG) nur im Rahmen der Gesetze zu. Die Landesplanung darf die Planungshoheit der Gemeinden einschränken, wenn dies durch überörtliche Interessen von höherem Gewicht gerechtfertigt ist. Die auch mit Ziel 6.1-2 verfolgten Zwecke (vgl. zur Begründung ergänzend auch die neuen</p>

	<p>Erläuterungen zu Beginn von Kap. 6.1) – insbesondere eine konzentrierte Siedlungsentwicklung und der Ressourcenschutz – tragen dazu bei, notwendige Freiraumfunktionen zu erhalten und einer Zersiedlung des Raumes entgegen zu wirken, indem Flächen (und zwar tatsächlich einschließlich der FNP-Flächen, die noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden), für die mittel-bis langfristig (üblicher Planungszeitraum Regionalplan: 15 bis 20 Jahre) kein Bedarf mehr besteht, wieder dem Freiraum zugeführt werden. Ausreichende Handlungsspielräume sollten mit einer solchen Regelung gewährleistet und ein kommunales Bodenmanagement nach wie vor möglich sein. Eine unzulässige Einschränkung der kommunalen Planungshoheit liegt damit nicht vor. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass eine einmal erteilte FNP-Genehmigung die Kommune nicht von der gemäß § 1 Abs. 4 BauGB bestehenden Pflicht enthebt, ihre Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen, nach Inkrafttreten des neuen LEP also auch an das Ziel der Flächenrücknahme (nun in Ziel 6.1-1 geregelt).</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2633 Schlagwort: 6.1-3 Grundsatz Leitbild "dezentrale Konzentration"</p>	
<p>Der Grundsatz 6.1-3 findet sich weniger klar formuliert bereits im LEP `95 (B.I., insbesondere Ziel 2.2). Dem Leitbild einer großräumig-dezentralen Siedlungsstruktur mit einer Konzentration auf kompakte Siedlungsbereiche auf regionaler und örtlicher Ebene ist zuzustimmen. Insbesondere die Aspekte der Tragfähigkeit und Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in allen Landesteilen ist vor dem Hintergrund zurückgehender Bevölkerungszahlen Beachtung zu schenken.</p>	<p>Die Zustimmung zum LEP-Entwurf wird zur Kenntnis genommen; der LEP-Entwurf wird insofern nicht geändert.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2634 Schlagwort: 6.1-4 Ziel Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen</p>	
<p>Dem Ziel 6.1-4 ist nur hinsichtlich der Verhinderung von weiteren Splittersiedlungen zu folgen. Sie verhindern eine kompakte, zentralörtliche Entwicklung. Dem gegenüber ist</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung wird nur insofern gefolgt, als das Ziel durch</p>

eine "bandartige" Entwicklung von Siedlungen entlang von Verkehrswegen häufig den topographischen Rahmenbedingungen geschuldet. In diesen Fällen muss eine Siedlungsentwicklung möglich sein. Daher ist die raumordnerische Festlegung in dieser Hinsicht als Grundsatz auszugestalten.

eine Umformulierung vereinfacht und über den etwas weniger restriktiven Begriff der "Vermeidung" (für beide Teile des Ziels) die Möglichkeit eröffnet wird, in den Erläuterungen klarzustellen, dass:

- das Ziel der Vermeidung einer bandartigen Siedlungsentwicklung entlang von Verkehrswegen nicht die nach Ziel 6.3-3 ausnahmsweise mögliche Festlegung von isoliert im Freiraum liegenden Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) ausschließt; in diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass gerade entgegenstehende topographische und naturräumliche Gegebenheiten oder die mangelnde Herstellbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz die Neudarstellung eines isoliert im Freiraum liegenden GIB begründen können;
- das Ziel der Vermeidung einer bandartigen Siedlungsentwicklung entlang von Verkehrswegen nicht die nach Ziel 10.2-4 ausnahmsweise mögliche Entwicklung von Flächen für die Nutzung der Solarenergie ausschließt.

Es geht mit Ziel 6.1-4 – wie auch im bisherigen LEP – nicht darum, jegliche Siedlungsentwicklung an Verkehrswegen zu verhindern. Eine Ausrichtung der Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur auf Verkehrswege kann sinnvoll sein, um auf diese Weise den Bedarf für weiteren Verkehrswegebau zu vermindern und einen effizienten Öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr, zu ermöglichen (vgl. auch Grundsätze 6.2-2 und 8.1-1). Nicht sinnvoll sind jedoch das Zusammenwachsen von Ortsteilen entlang von Verkehrswegen und die daraus resultierende bandartige Siedlungsentwicklung, da diese zum einen der angestrebten kompakten, zentralörtlichen

	<p>Siedlungsentwicklung mit all ihren Vorteilen widerspricht und zum anderen auch die für die Klimaanpassung sinnvolle Gliederung und Auflockerung des (Siedlungs-)Raums durch ein gestuftes Freifächensystem (vgl. auch Grundsatz 6.1-5) behindert. Auch die Vermeidung bandartiger Siedlungsentwicklungen bleibt daher Ziel.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2635 Schlagwort: 6.1-6 Ziel Vorrang der Innenentwicklung</p>	
<p>Eine wesentliche Festlegung trifft Ziel 6-1.6 mit dem Vorrang der Innenentwicklung vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich. Die Festlegung spiegelt den städtebaulichen Grundsatz des Vorrangs der Innenentwicklung in § 1a Abs. 2 BauGB wider und ist insoweit von den Kommunen bereits als bauleitplanerische Abwägungsdirektive mit besonderem Gewicht zu beachten. Allerdings liegt die konkrete Entwicklungsentscheidung für eine Fläche wegen ihrer bodenrechtlichen Relevanz und der den Kommunen obliegenden Planungshoheit in der Letztentscheidungskompetenz der Kommunen. Den hierfür nötigen Planungsspielraum muss die Regionalplanung sicherstellen. Nach den Erläuterungen (Seite 33) soll vom Vorrang der Innenentwicklung abgesehen werden, wenn die Innenbereichsflächen aus bestimmten Gründen nicht in Betracht kommen. Genannt werden hier z.B. Flächen, die einen besonderen Wert für das Wohn- und Arbeitsumfeld, die Naherholung, das Stadtklima oder den Biotop- und Artenschutz haben. Auch unverhältnismäßig hohe Kosten, z.B. für die Sanierung von Altlasten können gegen eine erneute Bebauung von Brachflächen sprechen. Schließlich müssen die Flächen für eine Entwicklung tatsächlich zur Verfügung stehen. Wenn aber die Konzentration von Siedlungsflächen im Innenbereich negative Auswirkungen auf das Stadtklima, die Stadtökologie oder die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Frei- und Erholungsflächen haben kann, dem gegenüber aber die Schaffung von Kaltluftschneisen aus Gründen der Klimafolgenanpassung notwendig sein kann, wäre eine Ausgestaltung der Festlegung als Grundsatz der Raumordnung vorzugswürdiger. Zumindest aber muss in der Zielfestlegung selbst ein Ausnahmetatbestand für eine zulässige Außenentwicklung aufgenommen werden, wenn Flächen im Innenbereich für die o.g. Maßnahmen und Nutzungen eingesetzt werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Anregung wird insofern gefolgt, als Ziel 6.1-6 im überarbeiteten LEP-Entwurf als Grundsatz formuliert wird.</p>

<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2636 Schlagwort: 6.1-7 Grundsatz Energieeffiziente und klimagerechte Siedlungsentwicklung</p>	
<p>Der Grundsatz 6.1-7 legt die besondere Beachtung von Energieeffizienz und klimagerechter Siedlungsentwicklung bei der Planung neuer und dem Umbau bzw. der Sanierung bestehender Siedlungsgebiete fest. Der Ansatz, durch eine klimagerechte Planung die Folgen zunehmend durch den Klimawandel erwarteter Hitze- und Starkregenereignisse abzumildern, ist grundsätzlich zu begrüßen und entspricht heutiger kommunaler Planungspraxis. Allerdings sind auch etwaige Folgekosten zu beachten.</p> <p>Der Energieeffizienz kommt nicht zuletzt vor dem Hintergrund der insbesondere auch auf der kommunalen Ebene umzusetzenden sog. "Energiewende" eine besondere Bedeutung zu. Eine energieeffiziente Bauweise wird heute von den Kommunen bereits beachtet. Eine landesplanerische Vorgabe, die über die Anforderungen des Energieeinspargesetzes, der Energieeinsparverordnung und des Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes hinausgeht, ist indes nicht erforderlich. Notwendig sind vielmehr Fördermaßnahmen des Landes zur CO2-Gebäudesanierung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen wird nur insofern gefolgt, als der Grundsatz so umformuliert wird, dass kein Widerspruch zu Fachgesetzen besteht und im Übrigen in Einzelfällen mögliche Widersprüche (z. B. KWK und erneuerbare Energien im Fall von den so genannten "Nullenergiehäusern") dadurch aufgefangen werden, dass eine Begünstigung (und nicht mehr) eingefordert wird. Weitergehende Streichungen werden abgelehnt, nicht zuletzt weil sich die Gründe dafür nicht aus der Stellungnahme ergeben.</p> <p>Eine finanzielle Förderung konkreter Maßnahmen liegt nicht in der Zuständigkeit der Raumordnung.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2637 Schlagwort: 6.1-8 Grundsatz Wiedernutzung von Brachflächen</p>	
<p>Nach Grundsatz 6.1-8 sollen Brachflächen im Wege des Flächenrecycling neuen Nutzungen zugeführt werden. Dieser ökologisch vernünftige und volkswirtschaftlich sinnvolle Ansatz wird allerdings durch die Festlegung verschärft, dass Neudarstellungen von Siedlungsflächen auf Freiflächen nur erfolgen sollen, wenn auf der Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings nachgewiesen wird, dass keine geeigneten Brachflächen zur Verfügung stehen.</p> <p>Die Erläuterungen schweigen über die Voraussetzungen einer mangelnden Eignung. Sie gestehen lediglich zu, dass der Aufwand für die Wiedernutzung wirtschaftlich vertretbar sein müsse. Die so formulierte Stringenz des Vorrangs der Nutzung von Brachflächen droht allerdings die Herausforderungen solcher Nachfolgenutzungen zu verkennen: Nutzungskonflikte mit Nachbarbebauungen, nicht ausreichende Grundstücksgrößen, hohe Abbruchkosten, keine oder geringere Besicherung solcher Grundstücke durch Banken aufgrund möglicher Altlasten, Sanierungshaftung des Nacheigentümers nach BBodSchG, Reserveflächenhaltung des Eigentümers. Zudem schweigen die Erläuterungen über die Voraussetzungen einer mangelnden Eignung Die genannten Nachteile können letztlich dazu führen, dass sich keine Nutzer für eine</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass der angesprochene Satz 2 von Grundsatz 6.1-8 gestrichen wird. Allerdings werden die Brachflächen, die sich für eine bauliche Nachnutzung eignen und bereits als Siedlungsflächen festgelegt sind, weiterhin über das Siedlungsflächenmonitoring auf den errechneten Bedarf angerechnet (vgl. neue Erläuterungen zu Ziel 6.1-1). Dies ist gerechtfertigt, da der diese und die weiteren Vorgaben des LEP umsetzende Regionalplan bei einer Fortschreibung Siedlungsraum für einen Bedarf von in der Regel mindestens 15 Jahren festlegt und damit aus Sicht des Plangebers auch ausreichende, die kommunale Planungshoheit nicht unzumutbare einschränkende Handlungsspielräume gewährleistet. Ein genereller Ausschluss aktuell nicht verfügbarer (oder zu</p>

<p>entsprechende Fläche finden. Damit drohen Planungsspielräume der Gemeinden verloren zu gehen. In der Festlegung sollte daher klargestellt werden, dass tatsächlich nicht zur Verfügung stehende oder zu wirtschaftlich nicht vertretbaren Bedingungen zu sanierende Flächen vom Wiedernutzungsvorrang ausgenommen bleiben.</p> <p>Wie unter 6.1-1 ausgeführt, erarbeitet die Landesplanungsbehörde zurzeit Kriterien zur Vereinheitlichung des Siedlungsflächenmonitorings. Diese enthalten auch Regelungen zur Bestimmung und Erfassung von Brachflächen. Danach sollen ehemals genutzte bauliche Flächen dann als Brache angesehen werden, die einer Wiedernutzung zugeführt werden und daher auf den Bedarf angerechnet werden sollen, wenn sie länger als zwei Jahre nicht genutzt werden. Erfasst werden sollen alle Flächen mit einer Größe von mindestens 0,2 ha. Mit Stellungnahme vom 05.06.2013 hat die Arbeitsgemeinschaft Kommunalen Spitzenverbände diesen Kriterien widersprochen. Oftmals wird es nicht gelingen, in einem Zeitraum von zwei Jahren ein städtebauliches Konzept für eine neue Nutzung abzustimmen und die Bauleitplanung abzuschließen. Auch kann es nicht sein, dass ein Gebäude nur deshalb als Brache angesehen wird, weil es über einen Zeitraum von zwei Jahren nicht genutzt worden ist. Hinzu kommt, dass für die angestrebte Kleinteiligkeit der Flächenerhebung keine Zuständigkeit der Regionalplanung und damit der Landesplanung gegeben ist. Schließlich ist zu beachten, dass hinsichtlich der Bewertung des Entwicklungspotentials einer Brachfläche widersprüchliche Auffassungen und Erkenntnisse seitens Eigentümer und Kommune vorliegen können. Dies kann nicht zu Lasten der Planungshoheit der Kommune gehen.</p> <p>Dass isoliert im Freiraum liegende Brachflächen einer Freiraumnutzung zugeführt werden sollen, ist nachvollziehbar. Um hier in begründeten Ausnahmen eine Wiedernutzung, z.B. für Anlagen für erneuerbare Energien, zu ermöglichen, sollte dieser Grundsatz um das Wort "vorrangig" ergänzt werden. Dies entspricht auch der Regelung in 6.3-3 für die Festlegung neuer Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche, die im Freiraum ausnahmsweise auf Brachflächen zulässig ist, sofern diese für eine gewerbliche Nachfolgenutzung geeignet sind.</p>	<p>sanierender) Flächen wäre vor diesem Hintergrund nicht sinnvoll und im Übrigen auch kontraproduktiv, da der Druck, diese Flächen einer Wiedernutzung zuzuführen sinken würde. Sofern feststeht, dass eine Brachfläche für eine Siedlungsnutzung nicht geeignet ist, kann die Kommune dieses über eine entsprechende FNP-Änderung dokumentieren und damit dafür sorgen, dass die Fläche nicht mehr als Reserve im Siedlungsflächenmonitoring erhoben wird.</p> <p>Das landesweit einheitliche Siedlungsflächenmonitoring ist im Übrigen eingeführt. Der Rücklauf der ersten Runde war gerade im Hinblick auf die Kritik im Beteiligungsverfahren überraschend gut. Offensichtlich haben viele Gemeinden den Wert dieses Monitorings - z. B. auch für eigene Planungen im Hinblick auf § 1 a Abs. 2 BauGB - erkannt. Der als Grundlage für dieses Siedlungsflächenmonitoring verwendete Kriterienkatalog wurde in Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsbehörden unter Berücksichtigung der in einzelnen Planungsregionen bereits bestehenden Monitoringsysteme erarbeitet. Er wurde außerdem sowohl mit den Kammern als auch mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert. Die aus diesen Gesprächen resultierenden Anregungen wurden, wo aus Sicht der Landesplanungsbehörde sinnvoll, berücksichtigt. Dabei wurde der Zeitraum von 2 Jahren, ab dem ein Leerstand zu einer Brache wird, unter Berücksichtigung des geplanten Erhebungszeitraums des Monitorings selbst (mindestens alle 3 Jahre) beibehalten. Auch die Erhebungsschwelle für 0,2 ha wurde beibehalten, da die Reserven in der Größe von 0,2 bis 0,5 ha bereits ein erhebliches Potential darstellen - und bereits das ebenfalls nicht unerhebliche Potential der Baulücken nicht erfasst wird. Was etwaige widersprüchliche</p>
--	--

	<p>Auffassungen und Erkenntnisse seitens Eigentümer und Kommune bezüglich der Bewertung des Entwicklungspotentials einer Brachfläche angeht, so wird darauf hingewiesen, dass nur die Kommunen bei dem Siedlungsflächenmonitoring mitarbeiten. Da im Siedlungsflächenmonitoring wie oben beschrieben auch nur die Brachflächen, die sich für eine bauliche Nachnutzung eignen und bereits als Siedlungsflächen festgelegt sind, erhoben werden, erscheinen die Kriterien vor diesem Hintergrund nach wie vor vertretbar. Im Übrigen ist nach vollständiger Auswertung der Ergebnisse eine Evaluierung der ersten Erhebungsrunde vorgesehen. Die Evaluierung wird zeigen, inwieweit an der einen oder anderen Stelle noch nachgebessert werden muss.</p> <p>Die vorgeschlagene Ergänzung von "vorrangig" ist im Übrigen nicht erforderlich, das es sich hier um einen Grundsatz handelt, von dem in begründeten Einzelfällen eben auch abgewichen werden kann.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2638 Schlagwort: 6.1-9 Grundsatz Vorausschauende Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten</p>	
<p>Der Grundsatz verfolgt den sinnvollen Ansatz, dass sich die Kommunen vor der Inanspruchnahme von Flächen zu Siedlungszwecken über die anfallenden langfristigen Folgekosten Klarheit verschaffen und gegebenenfalls über Alternativen nachdenken. Diese Vorgehensweise wird bereits von zahlreichen Kommunen verfolgt und ist als raumordnerische Festlegung zu begrüßen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2639 Schlagwort: 6.1-10 Ziel Flächentausch</p>	
<p>Das Ziel 6.1-10 gewährt die regionalplanerische Festlegung von Freiraum als neuem Siedlungsraum, wenn zugleich an anderer Stelle bereits festgelegter Siedlungsraum im Regionalplan oder Flächennutzungsplan in Freiraum/Freifläche umgewandelt wird. Die Pflicht zum Flächentausch ist nachvollziehbar, wenn Nutzungshemmnisse die tatsächliche Entwicklung von Bauland auf einer Siedlungsfläche verhindern und dafür</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Inhalt des zweiten Satzes von Ziel 6.1-11 bzw. die entsprechenden Ziele 6.1-2, 6.1-10 (nur der erste Satz) – ohne den dritten Spiegelstrich (Innenentwicklung) – sinngemäß in das</p>

an anderer Stelle im Freiraum Flächen bereitgestellt werden sollen. Ist aber die Entwicklung einer noch im Freiraum liegenden Fläche aus Gründen des steigenden Wohnbedarfs oder des Gewerbeflächenbedarfs in dem einen Teil des Gemeindegebietes notwendig, darf seine Umwandlung in Siedlungsfläche nicht davon abhängig gemacht werden, dass dafür an anderer Stelle im Gemeindegebiet eine Reservefläche, die zeitlich nachfolgend entwickelt werden könnte, in Freiraum umgewandelt werden muss.

Flächen, die im Regionalplan als ASB oder GIB ausgewiesen sind, werden von den Kommunen nur dann entwickelt, wenn hierfür ein Bedarf bzw. eine Nachfrage besteht und die Infrastrukturkosten i.d.R. von den neuen Nutzern finanziert werden. Insoweit sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Kommunen den Vorgaben der §§ 1 Abs. 3 und 1a Abs. 2 BauGB verpflichtet sind (s.o. Ausführungen zu 1.2). Schon bislang haben sie ihre Planungshoheit verantwortungsvoll wahrgenommen. Eine entsprechende Fehlentwicklung beklagt die Landesplanungsbehörde nicht.

Damit die Kommunen in der Lage bleiben, von ihrer Planungshoheit effektiv Gebrauch zu machen, sollte der Flächentausch als Grundsatz festgelegt werden, der einer Abwägung mit den konkreten örtlichen Belangen zugänglich bleibt. Außerdem sollte die Möglichkeit vorgesehen werden, dass Siedlungsflächen auch zwischen den Gebieten der Regionalpläne getauscht werden können.

neue Ziel 6.1-1 integriert werden, allerdings nicht mehr als Hürdenlauf, sondern in Form von 3 Fallkonstellationen (Bedarf > Reserven => zusätzliche Darstellungen im Regionalplan; Bedarf = Reserven => Flächentausch; Bedarf < Reserven => Rücknahme von Bauflächen). Im Rahmen dieser Verschiebung wird zudem durch Ergänzungen / Umformulierungen verschiedenen Anregungen aus dem Beteiligungsverfahren (z. B. zur Frage der Adressaten) Rechnung getragen. Der zweite Satz dagegen wird aufgrund der im Beteiligungsverfahren erhobenen Bedenken in die Erläuterungen zu dem neuen Ziel 6.1-1 verschoben und die Gleichwertigkeit dabei im Wesentlichen auf die Qualität der Freiraumfunktionen nach LPIG-DVO bezogen.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass der überarbeitete LEP-Entwurf auch ansonsten in Kap. 6 z. T. wesentliche Änderungen erfahren hat, die den Kommunen / Regionen in der Tendenz mehr Spielraum für planerische Entscheidungen einräumen, ihnen damit aber auch entsprechend mehr Verantwortung, den tatsächlichen Bedürfnissen und Entwicklungsmöglichkeiten nachzukommen, übertragen. Die konkrete Verteilung der ermittelten Bedarfe liegt dabei in der Verantwortung des regionalen Planungsträgers; über die entsprechenden Planverfahren können die Kommunen dabei ihre Belange ganz im Sinne des Gegenstromprinzips einbringen. Einen Tausch über die Gemeindegrenze hinweg auszuschließen, ist als landesplanerische Vorgabe dabei weder sinnvoll noch erforderlich. Darüber hinaus besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit, Flächen zwischen den Gebieten der Regionalpläne zu tauschen, sofern die zuständigen Träger der Regionalplanung entsprechende Beschlüsse fassen.

	<p>Eine Umformulierung des Ziels in einen Grundsatz wird aus den folgenden Gründen abgelehnt.</p> <p>Das Grundgesetz gewährleistet den Gemeinden kein uneingeschränktes Recht der Selbstverwaltung, sondern lässt dieses gemäß Art. 28 Abs.2 S.1 Grundgesetz (GG) nur im Rahmen der Gesetze zu. Die Landesplanung darf die Planungshoheit der Gemeinden einschränken, wenn dies durch überörtliche Interessen von höherem Gewicht gerechtfertigt ist. Die auch mit Ziel 6.1-10 verfolgten Zwecke (vgl. zur Begründung ergänzend auch die neuen Erläuterungen zu Beginn von Kap. 6.1) insbesondere eine konzentrierte Siedlungsentwicklung und der Ressourcenschutz tragen dazu bei, notwendige Freiraumfunktionen zu erhalten und einer Zersiedlung des Raumes entgegen zu wirken, indem z. B. Tauschflächen dort wieder dem Freiraum zugeführt werden, wo die Entfernungen zu infrastrukturell gut ausgestatteten Siedlungsbereichen groß sind, um stattdessen infrastrukturell besser ausgestattete Standorte für Flächenausweisungen wählen zu können. Insgesamt gibt der überarbeitete LEP-Entwurf den Kommunen und Regionen ausreichende kommunale und regionale Entwicklungs- bzw. Gestaltungsmöglichkeiten, gerade auch weil die Regionalplanung bei einer Fortschreibung die Darstellung von Siedlungsraum auf einen Bedarf von in der Regel mindestens 15 Jahren auslegt. Aus Sicht des Plangebers sind damit ausreichende Handlungsspielräume gewährleistet, ein kommunales Bodenmanagement und eine langfristige Planung der städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde damit nach wie vor möglich. Eine unzulässige Einschränkung der kommunalen Planungshoheit liegt damit nicht (mehr) vor. Im Übrigen besteht nach wie vor die Möglichkeit von Regionalplanänderungen, wenn</p>
--	--

	<p>absehbar ist, dass der bei der Fortschreibung für die Laufzeit des Regionalplans ermittelte Bedarf an Wohnbau- oder Wirtschaftsflächen nicht ausreicht. Die Vorgaben der §§ 1 Abs. 3 und 1a Abs. 2 BauGB machen das Ziel auch nicht unnötig, da diese Vorgaben zwar ähnliche Zielrichtungen verfolgen, aber in dem vorliegenden Ziel andere / konkretere Regelungen getroffen werden.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2640 Schlagwort: 6.1-11 Ziel Flächensparende Siedlungsentwicklung</p>	
<p>In Ziel 6.1-11 wird zunächst die strategische Ausrichtung des LEP-Entwurfs zur Verringerung der Freirauminanspruchnahme (s.o. 1.2) wiederholt. Ergänzend zu unseren Ausführungen hierzu muss festgestellt werden, dass angesichts nicht abschließend abschätzbarer Entwicklungen in der Wirtschaft und großräumiger Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung eine endgültige Abwägung eines zukünftigen Flächenbedarfs auf ein strikt zu beachtendes 5-ha- Ziel und Netto-0-Ziel, die für eine Zielfestlegung getroffen werden muss, nicht möglich ist. Darüber hinaus legt das Ziel strenge Voraussetzungen für die Erweiterung von Siedlungsraum zu Lasten des Freiraums fest: Diese soll nur möglich sein, wenn neben dem Nachweis des Bedarfs an zusätzlichen Bauflächen, planerisch gesicherte, aber nicht mehr benötigte Siedlungsflächenreserven zurückgenommen werden (s.o. Ziel 6.1-2), keine geeignete Flächen im Siedlungsraum vorhanden sind und ein Flächentausch nicht möglich ist. Das Ziel schränkt die gemeindliche Planungshoheit, die nach Artikel 28 Abs. 2 GG als Bestandteil des kommunalen Selbstverwaltungsrechts garantiert ist, in unangemessener Weise ein und muss daher abgelehnt werden. Kommunale Planungshoheit setzt voraus, dass den Städten und Gemeinden eine nachhaltige Steuerungs- und Planungsmöglichkeit erhalten bleibt. Daher müssen Flächen für Planungsvarianten zur Verfügung stehen, von denen nur die tatsächlich benötigten Flächen entwickelt werden. Nur eine solche Flächenverfügbarkeit trägt dazu bei, Abhängigkeiten von Bodeneigentumsverhältnissen zu minimieren, Bodenpreissteigerungen einzudämmen und Entwicklungsblockaden zu verhindern. Diese grundlegenden Rahmenbedingungen werden aber verletzt, wenn nur dann neue</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen wird insofern Rechnung getragen, als Ziel 6.1-11 gestrichen wird. Der Inhalt von Satz 1 von Ziel 6.1-11 (5 ha-/Netto-Null-Ziel) wird zu einem Grundsatz umformuliert (Grundsatz 6.1-2) und die dazugehörigen Erläuterungen um eine Herleitung des 5 ha- bzw. Definition des Netto-Null-Zieles sowie um Umsetzungshinweise zum Thema Flächensparen ergänzt. Der Inhalt des zweiten Satzes von Ziel 6.1-11 bzw. die entsprechenden Ziele 6.1-2, 6.1-10 (nur der erste Satz) werden ohne den dritten Spiegelstrich (Innenentwicklung) sinngemäß in Ziel 6.1-1 integriert, allerdings nicht mehr als Hürdenlauf, sondern in Form von 3 Fallkonstellationen (Bedarf > Reserven => zusätzliche Darstellungen im Regionalplan; Bedarf = Reserven => Flächentausch; Bedarf < Reserven => Rücknahme von Bauflächen). Die Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Betriebe (Satz 3 von Ziel 6.1-11) sind über den Satz 2 von Ziel 6.1-1 (bedarfsgerechte Festlegung ASB / GIB) und dadurch, dass es sich bei dem Vorrang der Innenentwicklung (6.1-6) zukünftig nur noch um einen Grundsatz handelt, abgedeckt (vgl. entsprechende neue Erläuterungen zu</p>

<p>Siedlungsflächen ausgewiesen werden dürfen, wenn keine anderen Freiflächen mehr vorhanden und selbst aus den Flächennutzungsplänen herausgenommen sind. Dann können Kommunen auf örtliche Bedarfe und Entwicklungen nicht mehr flexibel, teilweise auch überhaupt nicht mehr reagieren. Die vorgesehen Zielbestimmung würde zu einer städtebaulichen Entwicklungsblockade führen!</p> <p>Dass diese Restriktionen nicht durchzuhalten sind, erkennen selbst der Plangeber, wenn er für den Fall der Betriebserweiterung ausdrücklich von der Einhaltung dieser Voraussetzungen absieht. Nichts anderes gilt aber für die bedarfsorientierte städtebauliche Arrondierung eines Ortsteils, die auch möglich bleiben muss, wenn in einem anderen Ortsteil der Gemeinde noch nicht alle Siedlungsflächen vollständig entwickelt sind. Sich ständig ändernde Rahmenbedingungen erfordern für die Neuausweisung von Flächen einen Abwägungsprozess und keine Zielvorgabe, die für die nächsten 15 bis 20 Jahre strikt zu beachten ist. Diese Abwägung kann aber nur auf der örtlichen Ebene der kommunalen Bauleitplanung vollzogen werden.</p> <p>Wegen der in den Erläuterungen (S. 36) angekündigten landeseinheitlichen Methode zur Ermittlung des Bedarfs an Allgemeinen Siedlungsbereichen und das Siedlungsflächenmonitoring wird auf die Ausführungen zu 6.1-1 verwiesen.</p>	<p>Ziel 6.1-1). In den Erläuterungen zu dem neuen Ziel 6.1-1 wird zudem zukünftig als Grundlage für alle entsprechenden Festlegungen in den Kapiteln 6.1 - 6.4 ein landesweit einheitliches Vorgehen zur Ermittlung des rechnerischen Bedarfs an Wohnbau- und Wirtschaftsflächen beschrieben und definiert, welche Reserveflächen auf diesen errechneten Bedarf angerechnet werden müssen (Stichwort Siedlungsflächenmonitoring) sowie welche Konsequenzen sich daraus für die Frage der Neudarstellung von Siedlungsraum / -flächen ergeben. Es wird damit auch klargestellt, dass es keine Vorgaben für feste Kontingente der Siedlungsentwicklung in den einzelnen Gemeinden geben wird.</p> <p>Bezüglich Wirtschaftsflächen soll zukünftig nicht auf das im Vallée-Gutachten vorgeschlagene ISB-Modell (modifizierte GIFPRO-Methode), sondern auf die dort ebenfalls empfohlene Methode der Trendfortschreibung auf Basis der sich aus dem Siedlungsflächenmonitoring ergebenden Flächeninanspruchnahmen abgestellt werden. Im Bereich der Wohnbauflächen wird zwar im Wesentlichen die von Prof. Vallée entwickelte Methode zugrundegelegt jedoch mit leichten, aus dem Beteiligungsverfahren abgeleiteten Modifikationen (wie z. B. dem Zugeständnis, auch bei geringen bzw. negativen Bedarfen einen Grundbedarf in Höhe der Hälfte des Ersatzbedarfs anzuerkennen), die den Handlungsspielraum der Kommunen und Regionen erhöhen und auch bestimmte Rahmenbedingungen (wie z. B. die Zunahme von Single-Haushalten, Anstieg der Pro-Kopf-Wohnfläche) berücksichtigen. Über die dieser Berechnung zugrundezulegende Bevölkerungsvorausberechnung von IT.NRW sind daneben auch Zuwanderungen berücksichtigt. Weitere</p>
--	--

	<p>Handlungsspielräume werden insofern eröffnet, als in den ergänzten Erläuterungen zu 6.1-1 ein Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 10 % (in begründeten Ausnahmefällen maximal bis zu 20%) vorgegeben wird. Weitergehende Änderungen werden vor diesem Hintergrund und aus den folgenden Gründen abgelehnt. Das Grundgesetz gewährleistet den Gemeinden kein uneingeschränktes Recht der Selbstverwaltung, sondern lässt dieses gemäß Art. 28 Abs.2 S.1 Grundgesetz (GG) nur im Rahmen der Gesetze zu. Die Landesplanung darf die Planungshoheit der Gemeinden einschränken, wenn dies durch überörtliche Interessen von höherem Gewicht gerechtfertigt ist. Die mit Ziel 6.1-1 neu verfolgten Zwecke (vgl. zur Begründung ergänzend auch die neuen Erläuterungen zu Beginn von Kap. 6.1) insbesondere eine konzentrierte Siedlungsentwicklung und der Ressourcenschutz tragen dazu bei, notwendige Freiraumfunktionen zu erhalten und einer Zersiedlung des Raumes entgegen zu wirken, indem z. B. Tauschflächen dort wieder dem Freiraum zugeführt werden, wo die Entfernungen zu infrastrukturell gut ausgestatteten Siedlungsbereichen groß sind, um stattdessen infrastrukturell besser ausgestattete Standorte für Flächenausweisungen wählen zu können (Flächentausch), oder indem Flächen, für die mittel-bis langfristig (üblicher Planungszeitraum Regionalplan: 15 bis 20 Jahre) kein Bedarf mehr besteht, wieder dem Freiraum zugeführt werden (Flächenrücknahme). Würde auch Satz 2 von Ziel 6.1-11 noch in einen Grundsatz umgewandelt oder sogar gestrichen, könnten die genannten Zwecke nicht im gleichen Maße erreicht werden.</p> <p>Insgesamt gibt der überarbeitete LEP-Entwurf den Kommunen und Regionen ausreichende kommunale und</p>
--	---

	<p>regionale Entwicklungs- bzw. Gestaltungsmöglichkeiten, gerade auch weil die Regionalplanung bei einer Fortschreibung die Darstellung von Siedlungsraum auf einen Bedarf von in der Regel mindestens 15 Jahren auslegt. Aus Sicht des Plangebers sind damit ausreichende Handlungsspielräume gewährleistet, ein kommunales Bodenmanagement und eine langfristige Planung der städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde damit nach wie vor möglich. Eine unzulässige Einschränkung der kommunalen Planungshoheit liegt damit nicht (mehr) vor.</p> <p>Im Übrigen besteht nach wie vor die Möglichkeit von Regionalplanänderungen, wenn absehbar ist, dass der bei der Fortschreibung für die Laufzeit des Regionalplans ermittelte Bedarf an Wohnbau- oder Wirtschaftsflächen nicht ausreicht.</p> <p>Bezüglich des Verweises der Beteiligten auf die eigenen Ausführungen zu 6.1-1 wird auf die dortige Erwiderung verwiesen.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2641 Schlagwort: 6.2-1 Ziel Zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche</p>	
<p>Nach Ziel 6.2-1 soll die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden auf Allgemeine Siedlungsbereiche ausgerichtet werden, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen. Der LEP-Entwurf spricht von "zentralörtlich bedeutsamen ASB". Dieser neue planerische Konzentrationsansatz ist in vorsorgender Reaktion auf die erwartete Bevölkerungsentwicklung folgerichtig, um ein hohes Niveau bezahlbarer Infrastruktur- und Daseinsvorsorgeeinrichtungen erhalten zu können. In jeder Gemeinde ist regionalplanerisch mindestens ein zentralörtlich bedeutsamer ASB festzulegen, an dem langfristig mindestens die Tragfähigkeit für Einrichtungen der Grundversorgung gewährleistet sein soll. Zu begrüßen ist, dass die Regionalplanungsbehörden nach den Erläuterungen im Vorfeld von Regionalplanfortschreibungen verpflichtet sind, die zentralörtlich bedeutsamen ASB in Abstimmung mit den Gemeinden festzulegen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ziel 6.2-1 wird - auch vor dem Hintergrund anderer Stellungnahmen - zu einem Grundsatz abgestuft. An der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf zASB wird aber grundsätzlich festgehalten.</p>

Beteiligter: Stadt Eschweiler	
ID: 2642 Schlagwort: 6.2-3 Grundsatz Eigenentwicklung untergeordneter Ortsteile	
<p>Einen zu restriktiven Ansatz verfolgt hingegen der Grundsatz 6.2-3. Sein Ziel ist die Vermeidung eines wesentlichen Anwachsens Allgemeiner Siedlungsbereiche ohne zentralörtlich bedeutsame Infrastruktur und kleinerer Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern. Solche Ortsteile sollen auf die Eigenentwicklung beschränkt werden, um eine langfristige Sicherung insgesamt tragfähiger zentralörtlicher Siedlungsstrukturen zu gewährleisten.</p> <p>Während in Ortsteilen, die den Schwellenwert von 2.000 Einwohnern überschreiten und daher im Regionalplan als ASB dargestellt werden, Planungen und Maßnahmen zur Nutzung und Abrundung bereits baulich geprägter Flächen möglich bleiben sollen, sollen die kleineren Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern strikt auf ihre Eigenentwicklung und die Tragfähigkeit ihrer Infrastruktur beschränkt werden. Sie werden zudem nicht nur für sich betrachtet, sondern auch mit den anderen im Regionalplan nicht dargestellten Ortsteilen einer Gemeinde hinsichtlich der Inanspruchnahme von Freiflächen in Bezug gesetzt. In der Summe sollen sie erheblich unter der Entwicklung der im Regionalplan dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereiche zurückbleiben.</p> <p>Mit diesem Konzept schießt die Landesplanungsbehörde über das Ziel hinaus und hemmt die Entwicklung in kleineren Ortsteilen über Gebühr. Das zu begrüßende Konzept der Stärkung zentralörtlich bedeutsamer ASB zur Gewährleistung einer tragfähigen Infrastruktur und Daseinsvorsorge darf in der Konsequenz nicht den anderen Ortsteilen einer Gemeinde jedwede Entwicklungsperspektive nehmen. Im Einzelfall mögen sich vor Ort die Gegebenheiten anders darstellen, so dass Planungen und Maßnahmen über die bloße Eigenentwicklung hinaus sinnvoll sein können. Die kommunale Planungshoheit verlangt mehr Planungsfreiheit und -Flexibilität.</p> <p>Der Plangeber räumt selbst ein, dass sein Konzept in bestimmten Fällen zu restriktiv ist, wenn er die Ausweisung einzelner Außenbereichsflächen als neue Bauflächen in großen, dünnbesiedelten Flächengemeinden zulassen will, in denen Ortsteile mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern Versorgungsfunktionen für andere, noch kleinere Ortsteile übernehmen (siehe Erläuterungen S. 39). Der Text des Grundsatzes selbst gibt diese Möglichkeit nicht, sie erschließt sich nur aus dem Erläuterungstext. Unter welchen Voraussetzungen solche Ausnahmen denkbar sein</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; die Anregungen und Bedenken werden z.T. durch Streichung des Grundsatzes 6.2-3 und andere Änderungen des LEP-Entwurfs aufgegriffen.</p> <p>Um Widersprüche zwischen einzelnen Festlegungen des LEP zu vermeiden, wird der Vollzug der Siedlungsentwicklung in regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereichen und die (Eigen-)Entwicklung kleiner Ortsteile abschließend in Ziel 2-3 geregelt. Darin inbegriffen ist die Möglichkeit, auch in kleineren Ortsteilen im Rahmen der Eigenentwicklung Bauflächen auszuweisen oder diese Ortsteile bewusst in größerem Umfang zu entwickeln; letzteres erfordert dann aber eine Festlegung als Siedlungsbereich im Regionalplan.</p> <p>Im Übrigen wird an der bevorzugten (und im Flächenumfang überwiegenden) Entwicklung der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche gegenüber den kleineren Ortsteilen (<2000 Einwohner) festgehalten. Klarstellend wird festgelegt, dass die Eigenentwicklung kleinerer Ortsteile auch die Entwicklung vorhandener Betriebe umfasst. Außerdem wird in den Erläuterungen u.a. auch darauf hingewiesen, dass Ortslagen mit weniger als 2.000 Einwohnern im Rahmen der Eigenentwicklung z.T. Versorgungsfunktionen bzw. -einrichtungen (z. B. Schule) für andere Ortsteile übernehmen können.</p> <p>Die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche wird nunmehr als Grundsatz (nicht mehr als Ziel) in 6.2-</p>

<p>sollen, wird auch nicht näher ausgeführt. Der Hinweis auf Flächengemeinden in der Eifel oder im Sauerland hilft wenig. Es ist daher erforderlich, dass die Landesplanungsbehörde den Festlegungstext für eine größere Planungsflexibilität öffnet, indem dort Ausnahmen vom Grundsatz der Eigenentwicklung aufgenommen werden.</p>	<p>1neu festgelegt.</p> <p>Mit Ziel 2-3 und Grundsatz 6.2-1neu wird die Entwicklung zentralörtlich bedeutsamer Allgemeiner Siedlungsbereiche bevorzugt, eine Entwicklung anderer Allgemeiner Siedlungsbereiche, die nicht über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen, wird aber nicht ausgeschlossen.</p> <p>Damit erübrigt sich der bisherige Grundsatz 6.2-3.</p> <p>Was der LEP verhindern möchte ist, dass in solchen kleineren Ortsteilen große Baugebiete ausgewiesen werden, um neue Einwohner "anzuwerben". Solche Einwohnerwanderungen sind möglich; sie sollen aber einerseits in der Region abgestimmt sein und sie sollen darüber hinaus auf solche Orte gelenkt werden, die "über ein gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen" (z.B. Schulen, Ärzte etc.). In Zeiten einer insgesamt stagnierenden oder rückläufigen Einwohnerzahl soll damit die Tragfähigkeit/Auslastung der vorhandenen Versorgungseinrichtungen gesichert werden. Außerdem wird hiermit grundsätzlich das Konzept kurzer Wege verfolgt (mit entsprechender Verkehrsvermeidung und Energieeinsparung).</p> <p>Große Baugebiete, insbesondere solche, die über den Eigenbedarf des jeweiligen Ortes hinausgehen, dürfen deshalb nur in Siedlungsbereichen ausgewiesen werden, die im Regionalplan als Siedlungsbereich festgelegt wurden. Die in Jahrhunderten gewachsenen, aber immer noch kleinen Dörfer werden mit dieser Strategie nicht</p>
---	--

	<p>zerstört.</p> <p>In jeder Gemeinde - auch im ländlichen Raum - soll ein zentralörtlich bedeutsamer Siedlungsbereich entwickelt werden. Damit soll ein Mindestmaß an "Urbanität" im ländlichen Raum erhalten und einer Verödung des ländlichen Raumes insgesamt entgegengewirkt werden.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2643 Schlagwort: 6.2-5 Grundsatz Steuernde Rücknahme nicht mehr erforderlicher Siedlungsflächenreserven</p>	
<p>Einer Vorgabe der Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Änderungs- oder Aufstellungs- verfahren von Regional- oder Flächennutzungsplänen, nicht benötigte Bauflächen in Flächennutzungsplänen wieder zurückzunehmen, wird unter Hinweis auf die Ausführungen zur Kommunalen Planungshoheit bei Ziel 6.1-2 widersprochen. Dies gilt erst recht für die weiteren Ausführungen in den Erläuterungen vom Grundsatz 6.2-5, wonach nicht realisierte Bebauungspläne darauf hin zu überprüfen sind, ob sie zurückgenommen werden können, ohne Entschädigungspflichten auszulösen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Grundsatz 6.2-5 wird im Sinne der generell angestrebten kompakten Siedlungsentwicklung nicht geändert. Bezüglich der in den Erläuterungen zu 6.2-5 angesprochenen nicht realisierbaren Bebauungspläne wird klargestellt, dass eine Überprüfung nicht per se gefordert wird, sondern nur im Zusammenhang mit der Reduzierung übermäßiger Flächenreserven.</p> <p>Ein bedarfsgerechter Umfang von Siedlungsbereichen wird durch die Festlegungen in Kapitel 6.1neu gewährleistet. Dort wird u.a. festgelegt, dass bisher in Regional- oder Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, wieder dem Freiraum zuzuführen sind, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind. In den Erläuterungen zu 6.1-1neu wird hierzu klargestellt, dass so zu verfahren ist, wenn die bisher planerisch gesicherten Flächenreserven den prognostizierten Bedarf übersteigen.</p> <p>Ergänzend zu diesen den Umfang von Siedlungsflächen regelnden Festlegungen verfolgen die Festlegungen des Kapitels 6.2 eine Ausrichtung auf zentralörtlich bedeutsame ASB. Diese wird einerseits in 6.2-1neu für</p>

	<p>zusätzliche ASB und andererseits umgekehrt in 6.2-5 für die Rücknahme nicht mehr erforderlicher Siedlungsflächen festgelegt. In beiden Fällen erfolgt die Festlegung als Grundsatz und erlaubt somit Abwägungen/Abweichungen im Einzelfall.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2644 Schlagwort: 6.3-3 Ziel Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen</p>	
<p>Dem Ziel 6.3-3, wonach neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen sind, ist grundsätzlich zuzustimmen. Vor dem Hintergrund der Seveso-II-Richtlinie und der hierzu ergangenen Rechtsprechung des EuGH ist der Ausnahmetatbestand allerdings um den Umgebungsschutz für benachbarte Wohnnutzungen zu erweitern. Wenn ein emittierender Gewerbe- oder Industriebetrieb durch die Ausweisung eines GIB in der Nachbarschaft einer bestehenden Wohnsiedlung angesiedelt würde und dadurch Belästigungen oder Gefährdungen für die Wohnnutzung entstehen, kann diese Flächenausweisung nicht erfolgen. Auch in diesen Fällen muss eine Freirauminanspruchnahme möglich sein. Es handelt sich hierbei um das Spiegelbild des im Grundsatz 6.3-2 festgelegten Umgebungsschutzes für emittierende Betriebe.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert. Wie u. a. in den Erläuterungen zu Grundsatz 6.3-2 beschrieben erfolgt die Umsetzung des § 50 BImSchG und der entsprechenden Leitlinien und Grundsätze der Raumordnung (§ 1 und § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG) in der Regionalplanung vornehmlich durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien wie ASB und GIB. Dabei gleicht die Regionalplanung die ebenenspezifischen Konflikte – d. h. regelmäßig die großräumigen Konflikte - aus. Die kleinräumigen Konflikte dagegen kann die Regionalplanung den nachgeordneten Planungsebenen wie z. B. der Bauleitplanung überlassen. Hier bietet sich insbesondere die (mittlerweile aus den Erläuterungen zu Ziel 6.3-1 in die Erläuterungen zu Ziel 6.3-3 verschobene) Zonierung der Bauleitplanung an: mögliche Konflikte mit benachbarten Nutzungen – sei es durch das Aneinander-grenzen von ASB und GIB oder auch innerhalb von ASB oder GIB – werden dabei durch eine entsprechende Staffelung der Baugebietsausweisungen gelöst. Die bestehenden Möglichkeiten von Regional- und Bauleitplanung zur Minimierung von Konflikten (s. o.) und die bestehenden Ausnahmen des Ziels reichen aus, um dem Thema Umgebungsschutz / Immissionsschutz</p>

	<p>gerecht zu werden und eine gewerbliche Entwicklung weder zu erschweren noch unmöglich zu machen. Eine allgemeine Ausnahmeregelung aus Gründen des Immissionsschutzes – wie vorgeschlagen - würde den mit diesem Ziel verfolgten überörtlichen Interessen von höherem Gewicht (insbesondere konzentrierte Siedlungsentwicklung, Wachstum, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Innovation, verkehrsmindernde Raumstrukturen und Ressourcenschutz) widersprechen.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2645 Schlagwort: 6.5 Großflächiger Einzelhandel</p>	
<p>Die Ziele und Grundsätze 6.5-1 bis 6.5-10 entsprechen den Festlegungen des Landesentwicklungsplans NRW Sachlicher Teilplan Großflächiger Einzelhandel, der bereits am 13. Juli 2013 in Kraft getreten ist. Er wird in den vorliegenden LEP-Entwurf integriert.</p> <p>Beabsichtigt ist eine kompakte Siedlungsstruktur mit guter Erreichbarkeit von Standorten des großflächigen Einzelhandels für die gesamte Bevölkerung, die Vermeidung von Verkehr und den damit verbunden Emissionen sowie einer reduzierten Inanspruchnahme von Freiraum. Dieser Ansatz ist aus Sicht der Gemeinden zu begrüßen, da er einem Aussterben der Innenstädte durch großflächigen Einzelhandel "auf der grünen Wiese" entgegenwirkt.</p> <p>Zur Ausnahmeregelung der Zielbestimmung 6.5-2, wonach Standorte des großflächigen Einzelhandels mit zentrenrelevanten Kernsortimenten nur in zentralen Versorgungsbereichen zulässig sind, wird allerdings eine Anregung vorgebracht: In Satz 3 des Ziels 6.5-2 werden die Ausnahmevoraussetzungen für eine Darstellung und Festsetzung von Sondergebieten für Vorhaben i.S.d. § 11 Abs. 3 BauNVO außerhalb zentraler Versorgungsbereiche aufgezählt. Eine dieser Voraussetzungen ist die Unmöglichkeit der Ansiedlung eines großflächigen Betriebs in einem zentralen Versorgungsbereich aus städtebaulichen oder siedlungsstrukturellen Gründen. Der LEP NRW-Entwurf nennt beispielhaft ("insbesondere") als Gründe die Erhaltung gewachsener baulicher Strukturen oder die Rücksichtnahme auf ein historisch wertvolles Ortsbild.</p> <p>Es wird angeregt diese Voraussetzung in das flexiblere Erfordernis einer städtebaulichen Integration des Vorhabens in einen Wohnsiedlungszusammenhang</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Entwurf des LEP wird insoweit nicht geändert.</p> <p>Intention des Plangebers ist es, die bestehenden Möglichkeiten für die Nahversorgung zu ergänzen, ohne dabei einer Erhaltung / Stärkung der zentralen Versorgungsbereiche entgegenzuwirken. Die Ausnahme Nahversorgung war daher in erster Linie gedacht für Gemeinden im ländlichen Raum mit historischen / sehr kleinteilig bebauten Ortskernen. In der Regel wird dabei ein städtebaulich integrierter Standort und eine fußläufige Erreichbarkeit anzustreben sein; abhängig von siedlungsstrukturellen Gegebenheiten jedoch nicht in jedem Einzelfall, dann aber mindestens eine Erreichbarkeit mit dem Öffentlichen Personennahverkehr.</p> <p>Vor diesem Hintergrund wird auch eine weniger restriktive Formulierung des ersten Spiegelstriches abgelehnt.</p> <p>Im Übrigen steht es den Gemeinden frei, die Möglichkeiten für die Nahversorgung in ihrem eigenen Gemeindegebiet im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben</p>

<p>abzuändern. Zu den raumordnerischen Leitvorstellungen des § 2 Abs. 2 ROG gehört neben dem Schutz der Zentren auch die Sicherung einer verbrauchernahen Versorgung. Angesichts der demographischen Entwicklung nimmt die Notwendigkeit zu, älteren Menschen fußläufig ein nahversorgungsrelevantes Sortiment in Wohnungsnähe anzubieten. Die stetig rückläufige Zahl von flächenmäßig kleineren Lebensmittelgeschäften ist eine Entwicklung, die mit dem demographischen Wandel noch zunehmen wird. Lebensmittelsupermärkte mit Vollsortiment übernehmen dabei zunehmend die Aufgabe der wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Die Realisierung eines solchen Angebotes sollte nicht daran scheitern, dass es im entfernter liegenden zentralen Versorgungsbereich ebenfalls umgesetzt werden könnte, vorausgesetzt, es beeinträchtigt diesen zentralen Versorgungsbereich nicht wesentlich, es ist siedlungsräumlich integriert und dient der wohnungsnahen Versorgung der dort wohnenden Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs.</p>	<p>und der Vorgaben des Teilplans weiter einzuschränken.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2646 Schlagwort: 7.1-1 Grundsatz Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen</p>	
<p>Grundsatz 7.1-1 legt fest, dass zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen außerhalb des Siedlungsraums keine zusätzlichen Flächen für Siedlungszwecke in Anspruch genommen werden sollen und Siedlungsflächen, für die kein Bedarf mehr besteht, wieder mit Freiraumfunktionen versehen werden sollen. Wenngleich diesem Grundsatz, der bei der Inanspruchnahme von Freiraum für die Siedlungsentwicklung als wichtiger Belang in die Abwägung einzustellen ist, zuzustimmen ist, bedarf die Festlegung eine entsprechende Ergänzung, dass er mit den Festlegungen des Kapitels 6 korrespondiert und der Freiraumschutz daher "unter den Voraussetzungen der Festlegungen des Kapitels 6" erfolgt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Grundsatz 7.1-1 des bisherigen LEP-Entwurfs wird gestrichen, da die Inhalte in den überarbeiteten Zielen 2-3 und 6.1-1 bereits als raumordnerisches Ziel festgelegt sind. Auf die Erwiderungen zu den Ausführungen zu Kapitel 6 wird verwiesen.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2647 Schlagwort: 7.1-8 Grundsatz Nutzung von militärischen Konversionsflächen</p>	
<p>Nach diesem Grundsatz sollen auf militärischen Konversionsflächen im Freiraum Festlegungen und Maßnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes und/oder der Nutzung für erneuerbare Energien zum Tragen kommen. Die damit angesprochene mögliche Nutzmischung soll in der Regel bei großen Konversionsflächen zum Tragen kommen. Wenngleich diese Zielrichtung zu begrüßen ist, muss die Ausschließlichkeit der vorgesehenen Nachnutzungen kritisch betrachtet werden. Ohne die Bedeutung des Natur- und Landschaftsschutzes grundsätzlich in Frage stellen zu wollen, bieten militärische Konversionsflächen ein erhebliches</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ihr wird dadurch dadurch Rechnung getragen, dass das Wort "vorrangig" in die Festlegung eingefügt wird und demgemäß auf überwiegend landschaftlich geprägten militärischen Konversionsflächen (beispielsweise Truppenübungsplätze) vorrangig Festlegungen und Maßnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes und/oder der Nutzung für</p>

<p>Entwicklungspotenzial für die betroffenen Gemeinden, welches nicht durch eine generelle Festlegung der Landesplanungsbehörde von vornherein ausgeschlossen werden sollte. Eine Flexibilisierung könnte etwa durch die Einfügung des Wortes "vorwiegend" ("im Freiraum sollen vorwiegend Festlegungen und Maßnahmen zugunsten") erreicht werden. Eine solche raumordnerische Festlegung würde die kommunalen Planungsmöglichkeiten erhöhen und damit den Konversionsprozess erleichtern.</p>	<p>erneuerbare Energien zum Tragen kommen sollen. Damit ist im Einzelfall kein Ausschluss anderer Nutzungen verbunden. Mit der Umformulierung des Grundsatzes wird die Regelung außerdem stärker auf die landschaftlich geprägten militärischen Konversionsflächen bezogen. Der Grundsatz "Was grün ist, soll grün bleiben" wird aufrechterhalten; auch die Renaturierung bislang versiegelter Flächen soll möglich sein.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2648 Schlagwort: 7.2-1 Ziel Landesweiter Biotopverbund</p>	
<p>Es ist zwar zu begrüßen, dass ausreichend große Landschaftsräume zu sichern und zu entwickeln sind und sie zu einem übergreifenden Biotopverbund vernetzt werden sollen. Diese Vernetzung kann aber nur unter Berücksichtigung sonstiger Raumansprüche erfolgen. Sie ist daher als Grundsatz der Raumordnung auszuprägen, um einer Abwägung mit den anderen Ansprüchen an die Raumnutzung zugänglich zu bleiben.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung zur Umwidmung der Festlegung in einen Grundsatz wird nicht gefolgt.</p> <p>Ziel 7.2-1 verpflichtet die nachgelagerten Planungsebenen, insbesondere die Regionalplanung in ihrer Funktion als Landschaftsrahmenplan sowie die Naturschutzbehörden und Träger der Landschaftsplanung, die gesetzlichen Vorgaben aus dem ROG und dem BNatSchG zur Sicherung und Entwicklung eines landesweiten Biotopverbundes umzusetzen. Dieses kann zweckmäßig nur durch Festlegung eines verbindlichen Raumordnungsziels erfolgen.</p> <p>Die Konkretisierung des landesweiten Biotopverbundes erfolgt im LEP durch Festlegung von Gebieten zum Schutz der Natur. Die Kriterien und Abgrenzungen der Gebiete für den Schutz der Natur sind mit der für Naturschutz zuständigen Behörde des Landes abgestimmt und auf der Planungsebene des LEPs mit anderen Nutzungsansprüchen abgewogen worden. Im Rahmen der Konkretisierung, Ergänzung und Umsetzung</p>

	<p>des landesweiten Biotopverbundnetzes sind auch auf nachgeordneten Planungsebenen andere Nutzungsansprüche zu berücksichtigen. Insoweit ist eine Abwägung mit anderen Raumansprüchen gewährleistet.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2649 Schlagwort: 7.2-2 Ziel Gebiete für den Schutz der Natur</p>	
<p>Für die Stadt Eschweiler ist im LEP-Entwurf lediglich im westlichen Teil des Stadtgebietes eine Fläche (GB-5103-402 Saubach) als Gebiet für den Schutz der Natur zeichnerisch festgelegt. Diese ist für den landesweiten Biotopverbund zu sichern, zu erhalten und zu entwickeln. Im Informationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) sind weitere Biotop-Flächen (z.B. GB-5103-0101, Blaustein-See) und Naturschutzgebiete (z.B. ACK-028 NSG Bergbauwüstungszone im Eschweiler Wald) aufgeführt, die als Bausteine für die Vernetzung eines übergreifenden Biotopverbundes eine hohe Wertigkeit besitzen. Daher wird angeregt die Festlegung der Gebiete für den Schutz der Natur im LEP-Entwurf mit der zuständigen Fachbehörde (LANUV) zu überprüfen. Auch für die zeichnerisch festgelegten Grünzüge wird eine Einbindung des Blaustein-Sees im Norden des Stadtgebietes und eine langfristige Verknüpfung in Richtung Aldenhoven angeregt (vgl. Landschaftsplan VII Eschweiler-Alsdorf).</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind durch die für Naturschutz zuständigen Fachbehörden des Landes (LANUV und MKULNV) unmittelbar in den Planungsprozess zur Erarbeitung des LEP-Entwurfs eingebracht worden, beispielweise hinsichtlich der Festlegungen zum landesweiten Biotopverbund.</p> <p>Den Anregungen in dieser und anderen Stellungnahmen wurde insoweit Rechnung getragen, dass die Abgrenzungen der Gebiete für den Schutz der Natur nochmals überprüft und aktualisiert wurden. Die zeichnerische Festlegung der Gebiete für den Schutz der Natur erfasst die FFH-Gebiete, Kernflächen der Vogelschutzgebiete, den Nationalpark Eifel, die Naturschutzgebiete sowie weitere naturschutzfachlich wertvolle Gebiete, die für den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes besondere Bedeutung haben. Als weitere naturschutzfachlich wertvolle Gebiete werden Gebiete berücksichtigt, die in den Regionalplänen als Bereiche für den Schutz der Natur mit Planungsstand vom 31.12.2014 festgelegt sind.</p> <p>Aufgrund des Planungsmaßstabes des LEP werden nur solche Gebiete als "Gebiet für den Schutz der Natur" dargestellt, die zusammenhängend eine Mindestgröße</p>

	<p>von 150 ha haben. Deshalb gibt es auch unterhalb dieser zeichnerischen Darstellungsschwelle des LEPs Gebiete, die eine naturschutzfachliche Schutzwürdigkeit oder eine hohe Bedeutung für den landesweiten Biotopverbund haben. Die Gebiete für den Schutz der Natur sind deshalb als Teil des landesweiten Biotopverbunds in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) weiter zu konkretisieren und um weitere für den regionalen Biotopverbund bedeutsame Bereiche zu ergänzen. Diese bisher in den Erläuterungen enthaltene Regelung ist in die Festlegung des Ziels 7.2-2 mit aufgenommen worden.</p> <p>Weiteren Anregungen zur Erweiterung oder Verringerung der Gebiete für den Schutz der Natur, die von der oben dargelegten, aktualisierten Kulisse abweichen, wird unter Hinweis auf die oben dargelegte landeseinheitliche Konzeption zur Festlegung von Gebieten für den Schutz der Natur nicht gefolgt.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2650 Schlagwort: 7.3-3 Ziel Waldinanspruchnahme</p>	
<p>Der Schutz des Waldes vor einer übermäßigen Inanspruchnahme findet sich bereits im LEP NRW `95 (Abschnitt B.III. Ziele 3.21 und 3.22). Ebenso wie im LEP-Entwurf kommt eine Waldinanspruchnahme danach nur in Betracht, wenn die angestrebten Nutzungen nicht außerhalb des Waldes realisierbar sind und der Eingriff in den Wald auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Der LEP-Entwurf verlangt nunmehr zudem einen Bedarfsnachweis für die angestrebten Nutzungen. Das entspricht der Gesamtmethodik des neuen LEP und ist zu begrüßen.</p> <p>Die auf Schutz und Erhaltung des Waldes angelegte Konzeption erfährt in Ziel 7.3-3 Abs. 2 eine Durchbrechung, wenn dort vor dem Hintergrund der Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien die Errichtung von Windenergieanlagen auf forstwirtschaftlichen Waldflächen für möglich erklärt wird, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden. Eine vergleichbare</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund unterschiedlicher Anregungen im Beteiligungsverfahren wurden die Ziele 7.3-1 und 7.3-3 zu einem neuem, in Teilen auch modifiziertem Ziel 7.3-1 zusammengefasst.</p> <p>An der Öffnung des Waldes für die Errichtung von Windenergieanlagen wird festgehalten. Die Landesregierung hat ein erhebliches Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Ausbau der Windenergie soll dazu einen wesentlichen Beitrag leisten. Dazu ist es notwendig, auch potentiell geeignete</p>

<p>Festlegung oder Erwägung findet sich im LEP NRW `95 nicht.</p> <p>Die Erläuterungen (S. 90) stellen klar, dass in waldarmen Gemeinden Waldflächen in der Regel höhere Bedeutung für den Biotopverbund und die Erholungsnutzung haben. Da in diesen Gemeinden zudem von ausreichenden Flächen für Windenergieanlagen außerhalb des Waldes auszugehen ist, werden Windenergieanlagen hier regelmäßig nicht innerhalb der Waldflächen zuzulassen sein. Mit Ziel 7.3-3 in Einklang zu bringen ist dies, wenn man die Inanspruchnahme von Waldflächen für Zwecke der Energieversorgung in waldarmen Gemeinden als erhebliche Beeinträchtigung der wesentlichen Funktionen des Waldes versteht. Wann eine Gemeinde als "waldarm" anzusehen ist, ist in den Erläuterungen zu Grundsatz 7.3-4 (Gemeinden mit weniger als 20 % Waldanteil = Stadt Eschweiler) dargelegt.</p> <p>Für eine rechtssichere Anwendung der Festlegung ist auch eine Definition in den Erläuterungen erforderlich, wann eine wesentliche Funktion des Waldes erheblich beeinträchtigt ist. Wälder sind für eine Reihe von "windenergiesensiblen" Vogel- und Fledermausarten unverzichtbarer Lebensraum. Windenergieanlagen im Wald können daher auch zu artenschutzrechtlich relevanten Konflikten mit diesen Arten führen. Insofern ist zu klären, ob jeder Verstoß gegen artenschutzrechtliche Schutzbestimmungen, wie z.B. § 44 BNatSchG, eine erhebliche Beeinträchtigung darstellt. Dies gilt auch für die Frage, wann die mit der Aufstellung von Windrädern verbundenen Umweltauswirkungen die biologische Vielfalt, das Landschaftsbild oder die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes erheblich belasten.</p>	<p>forstwirtschaftliche Flächen in den Blick zu nehmen. Unter Abwägung mit den Schutzziele des Waldes soll dies durch den LEP raumordnerisch unter der Voraussetzung ermöglicht werden, dass wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden. Der Anregung auf Rücknahme der Öffnung des Waldes für die Windenergienutzung wird insoweit nicht gefolgt.</p> <p>Der Anregung, auf die Begriffe "wesentliche Waldfunktionen" und "erhebliche Beeinträchtigung" in den Erläuterungen näher einzugehen, wird gefolgt.</p> <p>Daraus ergibt sich, dass eine erhebliche Beeinträchtigung der Erholungsfunktion eines Waldes voraussetzt, dass der Wirkungsbereich einer geplanten Windenergieanlage oder eines Windparks eine überdurchschnittliche Bedeutung für die Erholungs- und Freizeitnutzung hat. Dieses kann beispielsweise begründet sein, bei einer sehr hohen Nutzung von Waldbereichen für Erholung und Freizeit oder bei einer besonderen Erschließung der betroffenen Waldbereiche. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, ist auf nachgeordneten Planungsebenen zu ermitteln und zu bewerten. Entsprechend sind auch andere Waldfunktionen zu ermitteln, soweit sich dazu aus der Waldfunktionskartierung nichts Bestimmtes ergibt.</p> <p>Wann eine Gemeinde als waldarm bzw. waldreich gilt, ergibt sich aus Ziel 7.3-4 (alt) bzw. 7.3-3 (neu). An dieser mit der Landesforstverwaltung abgestimmten Differenzierung wird festgehalten.</p> <p>Artenschutzrechtliche Aspekte sind letztlich unabhängig davon, ob eine Fläche mit Wald bestockt ist oder nicht,</p>
--	---

	<p>grundsätzlich zu beachten. Nähere Ausführungen dazu trifft der Leitfaden "Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen".</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2651 Schlagwort: 7.4-2 Grundsatz Oberflächengewässer</p>	
<p>Der Festlegung, dass strukturreiche und ökologisch hochwertige, natürliche oder naturnahe Oberflächengewässer erhalten und entwickelt werden sollen, ist grundsätzlich zuzustimmen. Soweit in den Erläuterungen dazu auch die Verminderung diffuser oder punktueller Einträge von Nähr- und Schadstoffen in Gewässern als Maßnahme zur Verbesserung der Gewässergüte angesehen wird, müssen die Ausführungen um die Klarstellung ergänzt werden, dass die anlagen- und stoffbezogenen Anforderungen bundesweit abschließend im Wasserhaushaltsgesetz und in der Oberflächengewässerverordnung des Bundes geregelt sind. Daraus folgt, dass die Vorgaben des Landes NRW insbesondere zum Thema Mikroschadstoffe den bundesgesetzlichen Vorgaben Rechnung tragen müssen. Darüber hinaus kann ein sog. end-of-the-pipe nicht die alleinige Lösung sein. Die Bekämpfung von Mikroschadstoffen muss in erster Linie an der jeweiligen Verursacherquelle ansetzen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Der Grundsatz selbst enthält keine Regelung zur Verminderung von Stoffeinträgen; die Erläuterungen dienen dazu, die Grundlagen der WRRL zu vermitteln. Maßstabsbedingt und aufgrund seiner Stellung in der Planungshierarchie behandelt der LEP in der Regel jedoch keine vertiefenden fachlichen oder teilräumlichen Detailfragen.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2653 Schlagwort: 7.4-6 Ziel Überschwemmungsbereiche</p>	
<p>Die Landesplanungsbehörde geht aufgrund von nachteiligen Baumaßnahmen in der Vergangenheit und der gegenwärtigen und künftigen Wetteränderungen infolge des Klimawandels von weiteren ausgeprägten Hochwasserereignissen aus. Der LEP-Entwurf führt daher den Ansatz des LEP NRW `95 zu Überschwemmungsbereichen konsequent fort. So sind solche Bereiche von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden Nutzungen freizuhalten. Ausnahmen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und dem Landeswassergesetz (LWG NRW) sind möglich.</p> <p>Dort, wo Bauflächen innerhalb von Überschwemmungsbereichen in Flächennutzungsplänen dargestellt, aber noch nicht realisiert oder in verbindlichen Bauleitplänen umgesetzt sind, sind sie zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern. Diese Forderung kann grundsätzlich mitgetragen werden, weil durch die Bebauung von Überschwemmungsbereichen die Hochwassergefahren verschärft werden und finanzielle Folgelasten für die Städte und Gemeinden durch</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Anregungen im Beteiligungsverfahren, Ausnahmen nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes auch für die Fälle der Rücknahmen von in Flächennutzungsplänen dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitplanung umgesetzt wurden, zu ermöglichen, wird jedoch Rechnung getragen.</p>

<p>Hochwasserschutzmaßnahmen entstehen. Außerdem wird entsprechend der Formulierung in der Festlegung und den ergänzenden Ausführungen in den Erläuterungen in bereits bestehende Bebauungspläne nicht eingegriffen (Seite 96). Ohnehin gelten hier die Beschränkungen des § 78 WHG. Die ebenfalls in den Erläuterungen angesprochene Öffnung für Windenergieanlagen ist unter der Bedingung, dass keine anderen Nutzungskonflikte entgegenstehen, eine sinnvolle Option (Seite 96). Die maßstabsbedingt nur unzureichende zeichnerische Darstellung von Überschwemmungsbereichen in den zeichnerischen Festlegungen der Karte des LEP-Entwurfs ist nach der Erläuterung in den Regionalplänen zu konkretisieren (Seite 96). Auch diese können aus Maßstabsgründen nur die größeren Gewässer und ihre Auen erfassen. Die hiermit verbundenen Ziele zum vorbeugenden Hochwasserschutz sollen bei kleineren Gewässern entsprechend angewandt werden. Dies ist folgerichtig und notwendig, da vergangene Starkregen- und Hochwasserereignisse gezeigt haben, dass auch kleine Fließgewässer ein erhebliches Zerstörungspotenzial entfalten können.</p>	
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2654 Schlagwort: 7.5-2 Grundsatz Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte</p>	
<p>Dem Grundsatz, dass wertvolle landwirtschaftliche Böden nicht für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommen werden sollen, ist grundsätzlich zuzustimmen. Er sollte allerdings um die Klarstellung ergänzt werden, dass dies nur für den Fall gilt, dass genügend anderweitige Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche zur Verfügung stehen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung wird nicht gefolgt, da aufgrund der Festlegung als Grundsatz in begründeten Fällen bereits Abweichungen von der Regelung möglich sind.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2655 Schlagwort: 8.1-11 Ziel Schienennetz</p>	
<p>Die Zielfestlegung 8.1-11, dass Mittel- und Oberzentren bedarfsgerecht an den Schienenverkehr anzubinden sind, ist ebenso zu begrüßen, wie die anschließende Festlegung, dass das Schienennetz so leistungsfähig zu entwickeln ist, dass es die Funktionen des Grundnetzes für den Öffentlichen Personennahverkehr wahrnehmen kann. Letzteres Ziel bewirkt eine Selbstbindung des Landes, auskömmliche Mittel für einen bedarfsgerechten Ausbau des Schienennetzes bereitzustellen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes zu gewährleisten. Die Anbindung an das Schienennetz erhält und stärkt die Zentralität, Erreichbarkeit und Versorgungsfunktion der Mittel- und Oberzentren.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es soll aufgrund anderer Anregungen eine Änderung des Ziels und in der Folge der Erläuterungen vorgenommen werden. In der Überschrift soll das Wort "Schienenverkehr" durch das Wort "Öffentlicher Verkehr" ersetzt werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass in vielen Mittelzentren eine Anbindung an den Schienenverkehr kaum möglich ist und</p>

	<p>je nach örtlichen Verhältnissen z. B. eine Schnellbusverbindung geeigneter sein kann.</p> <p>Entsprechend sind in der Erläuterung folgende Änderungen erforderlich:</p> <p>Um Zentralität, Erreichbarkeit und Versorgungsfunktionen der Mittel- und Oberzentren zu erhalten, benötigen sie eine <u>Anbindung an den Öffentlichen Verkehr. Dies soll bevorzugt durch den Schienenverkehr, kann aber auch, je nach örtlichen Verhältnissen in Mittelzentren, durch andere Verkehrsmittel des Öffentlichen Verkehrs (wie zum Beispiel Schnellbusse) hergestellt werden.</u> Die Städte können ihre Attraktivität als Wohn-, Arbeits- und Unternehmensstandorte sowie als Versorgungsstandorte nur halten, wenn private und geschäftliche Fahrten mit der Bahn ohne zeitaufwändige Zubringerfahrten und ohne Anschlussrisiken möglich sind. Die Art der Anbindung an die <u>öffentlichen Verkehrsverbindungen</u> richtet sich nach dem Bedarf.</p> <p>Der LEP enthält Ziele und Grundsätze zum Bereich Verkehr soweit raumordnerischer Regelungsbedarf besteht. Aussagen zum Investitionsvolumen, zur Infrastrukturfinanzierung oder zu einer eventuellen finanziellen Förderung konkreter Maßnahmen liegt nicht in der Zuständigkeit der Raumordnung. Entsprechende Festlegungen, Planungen und Konzepte sind Angelegenheit der Fachplanung.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2656 Schlagwort: 8.1-12 Ziel Erreichbarkeit</p>	
<p>Die weitere Zielfestlegung 8.1-12, wonach Kommunen und Aufgabenträger des öffentlichen Verkehrs die Erreichbarkeit der Zentralen Versorgungsbereiche der Grund-, Mittel- und Oberzentren mit dem Öffentlichen Personennahverkehr in</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der LEP-Entwurf wird insofern nicht geändert.</p>

<p>angemessener Zeit zu gewährleisten haben, kann ohne angemessene finanzielle Unterstützung des Landes nicht sichergestellt werden. Mit der Zuweisung einer zentralörtlichen Funktion als Grundzentrum ist zugleich die Pflicht des Landes verbunden, die Gemeinde so auszustatten, dass sie diese Funktion erfüllen kann. Der Verweis auf die Einrichtung von Bürgerbussen oder Anrufsammeltaxen allein genügt nicht.</p>	<p>Eine finanzielle Förderung konkreter Maßnahmen liegt nicht in der Zuständigkeit der Raumordnung. Die Frage der Ausgestaltung des Angebots zur Erreichung des Ziels i. E. und die Festlegung der Prioritäten bei einer finanziellen Förderung ist Gegenstand der Fachplanung.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2657 Schlagwort: 8.2-2 Ziel Hochspannungsleitungen</p>	
<p>Der Bau von Energietransportleitungen spielt im LEP `95 keine bedeutende Rolle, wenn unter D.II. Ziel 2.8 UAbs. 2 lediglich festgelegt wird, dass die Nutzung vorhandener Trassen, soweit versorgungstechnisch vertretbar, Vorrang vor der Planung neuer Trassen hat. Mit der "Energiewende" hat sich der Fokus deutlich verändert. Der in Norddeutschland insbesondere an den Küsten und durch sog. Offshore-Windfarms erzeugte regenerative Strom muss nach Süden, insbesondere in das hochindustrialisierte und dicht besiedelte Nordrhein-Westfalen, transportiert werden. Mit der vorhandenen Infrastruktur ist dies nicht möglich, weshalb dem Ausbau der Stromleitungsnetze auf Bundesebene oberste Priorität beigemessen wird. Die Landesplanungsbehörde reagiert auf diese Herausforderungen und sucht mit den beiden Zielfestlegungen potentielle Konflikte mit Anwohnern der neu zu bauenden Trassen zu lösen.</p> <p>Die Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 110 kV gehören zum Verteilnetz, dessen Weiterentwicklung insbesondere für die Integration regional erzeugter Energie aus erneuerbaren Energien und aus Kraft-Wärme-Kopplung in das Verbundnetz erforderlich ist. Das Ziel 8.2-2 schreibt eine die Vorgaben des § 43h EnWG umsetzende Planung vor. Dieser verlangt bei Vorliegen seiner Voraussetzungen grundsätzlich eine Ausführung als Erdkabel, wobei die zuständige Behörde auf Antrag des Vorhabenträgers die Errichtung als Freileitung zulassen kann, wenn öffentliche Interessen nicht entgegenstehen. Als weitere Voraussetzung nennt § 43h EnWG neben den Kosten (kein Überschreiten des Faktors 2,75 der Gesamtkosten im Vergleich zu einer technisch vergleichbaren Freileitung) das Nichtvorliegen entgegenstehender naturschutzfachlicher Belange. Die Planungsanweisung des Ziels 8.2-2 zielt nun dahin, einen Konflikt mit naturschutzfachlichen Belangen planerisch zu vermeiden, so dass eine Erdverkabelung möglich ist. Dies sollte jedoch deutlicher im Festsetzungstext hervorgehoben werden.</p>	<p>Ziel 8.2-2, Ziel 8.2-3</p> <p>Zum Ziel 8.2-2:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Anregung bzgl. Ziel 8.2-2 wird insoweit aufgegriffen, dass das Ziel 8.2-2 umformuliert und in einen Grundsatz abgeschwächt wird. Damit ist der Grundsatz 8.2-2 (neu) kompatibel mit dem Fachgesetz (EnWG). Gleichwohl bleibt die Lenkungsrichtung (mehr Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen) erhalten.</p> <p>In Bezug auf das Ziel 8.2-2 stellt die Stadt Eschweiler fest, dass dieses Ziel die Verteilnetzebene betrifft und hier ein Netzausbau erforderlich ist, um regionale Erzeugungsanlagen für Erneuerbare Energien und Energie aus Kraft-Wärm-Kopplungen zu integrieren. Die Stadt Eschweiler weist in Bezug auf das Ziel 8.2-2 darauf hin, dass es Überlappungen zum Fachrecht gibt (§ 43h Energiewirtschaftsgesetz - EnWG). Die Stadt Eschweiler schlägt vor, im LEP textlich klarer herauszustellen, dass das Ziel 8.2-3 Konflikte mit naturschutzfachlichen Belangen vermeiden soll.</p> <p>Es ist richtig, dass das Ziel 8.2-2 sich mit dem Fachrecht (§ 43h Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) auf</p>

<p>Für Höchstspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 220 kV und mehr sieht der LEP NRW-Entwurf bestimmte Mindestabstände zu Wohngebäuden und Gebäuden vergleichbarer Sensibilität vor. In Anlehnung an die Vorgaben des § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2 EnLAG differenziert er zwischen Bebauungen im Geltungsbereich eines Bebauungsplans bzw. im unbeplanten Innenbereich im Sinne des § 34 BauGB (400 m) und solchen im Außenbereich nach § 35 BauGB (200 m). Der niedrigere zweite Abstand begründet sich daraus, dass der Außenbereich von Wohnbebauung grundsätzlich freizuhalten ist. Dieser Abstand genügt nach den Erläuterungen, das Niveau der allgegenwärtigen Grundbelastung nicht zu überschreiten und sonstige Wohnumfeldstörungen zu verringern. Bei einem Abstand von 400 m liegen die elektrischen und magnetischen Feldstärken sogar auf dem Niveau der zivilisatorischen Hintergrundbelastungen. Die Landesplanungsbehörde führt weiter aus, dass die genannten Mindestabstände von Hoch- und Höchstspannungsleitungen von der Trassenmitte zu Wohngebäuden über den fachrechtlichen Gesundheitsschutz gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz weit hinausgehen (Erläuterungen S. 114). Offensichtlich handelt es sich bei den Vorgaben dieses Ziels um einen "vorbeugenden" Gesundheitsschutz.</p> <p>Wenngleich aus gesundheitsfachlicher Sicht die vorgesehenen Abstände auskömmlich sind, ist ihr Bezugspunkt aus Sicht der kommunalen Bauleitplanung unzutreffend gewählt. Maßgeblich für die Einhaltung des 400-Meter-Abstands müssen Bauleitpläne und Festlegungen in Regionalplänen sein. Insoweit kann es nicht darauf ankommen, ob auf solchen Bauflächen bereits Gebäude errichtet sind oder nicht. Der Abstand ist auch einzuhalten, wenn die überplante Fläche noch nicht entwickelt ist.</p>	<p>Bundesebene überlappt. Nach Abwägung aller zum Ziel 8.2-2 eingegangenen Stellungnahmen, auch die der Stadt Eschweiler, wird das Ziel 8.2-2 u. a. aus rechtlichen Gründen umformuliert und in einen Grundsatz geändert. Damit ist die Regelung kompatibel mit dem fachrecht.</p> <p>Zum Ziel 8.2-3</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Den vorgetragenen Bedenken wird insoweit gefolgt, dass das Ziel 8.2-3 (alt) bei der Bindungswirkung der Festlegung zwischen bestehenden Trassen von Höchstspannungsfreileitungen auf der einen Seite (=> Grundsatz 8.2-3) und neuen Höchstspannungsfreileitungen auf neuen Trassen mit einer Nennspannung von 220 kV und mehr, die nicht unmittelbar neben einer bestehenden Hoch- oder Höchstspannungsleitung errichtet werden, (=> Ziel 8.2-4) unterschieden wird. Zudem wurde 8.2-4 (neu) klarstellend umformuliert. Weiterhin wurden die Erläuterungen zum Grundsatz 8.2-3 (neu) und zum Ziel 8.2-4 (neu) überarbeitet.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2658 Schlagwort: 8.3 Entsorgung</p>	
<p>Es ist grundsätzlich als sinnvoll anzusehen, dass die Flächeninanspruchnahme durch Deponien dadurch vermindert wird, dass Ziel 8.3-1 vorgibt, bei der Standortsuche für neue Deponien auch die Möglichkeit der Nutzung stillgelegter Deponien (durch Aufstockung) einzubeziehen.</p> <p>Im Übrigen ist der in § 8.3-4 verankerte Grundsatz der Entsorgungsnähe nicht nur europa- rechtlich hinterlegt, sondern es ist grundsätzlich sinnvoll, dass Abfälle zur</p>	<p>Die Zustimmung zum LEP-Entwurf wird zur Kenntnis genommen; der LEP-Entwurf wird insofern nicht geändert.</p>

<p>Beseitigung bei möglichst geringen Transportwegen der Endentsorgung in entstehungsornahen Anlagen zugeführt werden.</p>	
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2659 Schlagwort: 9.2-1 Ziel Räumliche Festlegungen für oberflächennahe nichtenergetische Rohstoffe</p>	
<p>Die planerische Sicherung der heimischen oberflächennahen nichtenergetischen Bodenschätze (z.B. Sand, Kies, Ton, Lehm, Kalkstein, Tonstein, Basalt, Sandstein) erfolgt nach der Zielfestlegung 9.2-1 in den Regionalplänen (durch textliche und zeichnerische Festlegungen von Bereichen für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB)) als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten. Die Erläuterungen weisen zu Recht darauf hin, dass im Einzelfall auch Abgrabungen geringen Umfangs auch außerhalb der festgelegten BSAB möglich sein sollen. Da die vorgesehene Raumkategorie im LEP aber einen Abbau außerhalb von BSAB nicht zulässt, bedarf es zur Vermeidung von Auslegungsunsicherheiten der Aufnahme eines entsprechenden Ausnahmetatbestands in die Zielbestimmung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert.</p> <p>Die textliche und zeichnerische Festlegung von Abgrabungsbereichen als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten erfolgt in den Regionalplänen. Dabei sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen gemäß § 35 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (LPIG DVO) in der Regel mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha in den Regionalplänen zeichnerisch darzustellen. Eine Ausnahmeregelung in der Zielformulierung des Landesentwicklungsplans ist daher nicht erforderlich, da kleinere Planungen durch die Regelung in § 35 Abs. 2 LPIG DVO außerhalb der Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten in der Regel möglich sind. Um im Einzelfall Abgrabungen geringen Umfangs auch außerhalb der festgelegten Abgrabungsbereiche zu ermöglichen, kann dafür im Regionalplan eine Ausnahmeregelung als Zielformulierung notwendig werden.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2660 Schlagwort: 10.1-1 Grundsatz Nachhaltige Energieversorgung</p>	
<p>Die Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen soll konsequent an der Nutzung und dem Ausbau erneuerbarer Energien ausgerichtet werden. Dieser Ansatz findet sich bereits im LEP `95 (D.II. Ziele 2.1 und 2.4), wird in dem neuen Planwerk aber wesentlich forciert. Die Planung soll nun den räumlichen Erfordernissen einer Energieversorgung Rechnung tragen, die sich am Vorrang und den Potentialen der erneuerbaren Energien orientiert. Dabei werden vier der fünf Ziele des § 1 Abs. 1 EnWG aufgegriffen, nämlich Versorgungssicherheit, Preis, Umweltverträglichkeit und</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird insofern nicht geändert.</p> <p> Eine Korrektur des Festlegungstextes ist nicht erforderlich; in den Erläuterungen wird auch der Energieträger braunkohle ausdrücklich aufgeführt. m Energiemix werden die erneuerbaren Energien stetig</p>

<p>Effizienz und um das weitere Ziel der Ressourcenschonung ergänzt. Auch das EnWG benennt mittlerweile die Hinwendung zu erneuerbaren Energieträgern (§ 1 Abs. 1 EnWG a.E.). Angesichts der sog. "Energiewende" ist eine solche Ausrichtung notwendig, um die Belastungen des Klimas durch Treibhausgase zu reduzieren. Unzutreffend ist allerdings die Aussage, dass die vorrangige Orientierung an den erneuerbaren Energien einer sicheren und kostengünstigen Energieversorgung dient. Solange keine adäquaten Möglichkeiten der Speicherung von Strom gefunden sind (zur Speicherung von Energie siehe Ziel 10.1-3), bleiben nach dem Abschalten der Kernkraftwerke Kohle- und Gaskraftwerke unverzichtbar, um eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten. Dem Ziel der kostengünstigen Energieversorgung stehen die Erneuerbaren Energien angesichts der hohen Einspeisevergütung nach dem EEG sogar entgegen. Eine kostengünstige Stromerzeugung sichern vor allem die heimischen Braunkohlekraftwerke, die mittlerweile auch beachtliche Wirkungsgrade aufweisen und dazu beitragen, die Importabhängigkeit von anderen Energieträgern zu verringern. Hier ist eine Korrektur des Festlegungstextes erforderlich. Die Landesplanungsbehörde geht nach ihren Ausführungen in den Erläuterungen davon aus, dass für die Geltungsdauer des neuen LEP fossile Energieträger weiterhin erforderlich sein werden (Seite 128). Dann sollte sie auch im Festlegungstext selbst den fossilen Energieträgern diese Versorgungsfunktion im Rahmen des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien zuschreiben.</p>	<p>zunehmen. Zumindest für die Geltungsdauer des LEP wird aber weiterhin die flexible Ergänzung durch eine hocheffiziente Nutzung fossiler Energieträger erforderlich sein. Diesbezüglich enthält der Grundsatz 10.1 bereits eine Aussage zur hocheffizienten und flexiblen Nutzung fossiler Energieträger.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2661 Schlagwort: 10.1-4 Ziel Kraft-Wärme-Kopplung</p>	
<p>Nach dieser Festlegung sind die Potentiale der kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung und der Nutzung von Abwärme zum Zwecke einer möglichst effizienten Energienutzung in der Regional- und Bauleitplanung zu nutzen. Wenngleich es zu begrüßen ist, dass über die Auskopplung von Wärme räumlich zugeordnete Gewerbebetriebe oder Wohngebiete über Netze der Nah- und Fernwärmeversorgung versorgt werden können, sollte die Kraft-Wärme-Kopplung nicht als strikt zu beachtende Zielvorgabe geregelt werden, sondern als Grundsatz der Raumordnung, der einer Abwägung der örtlichen Belange zugänglich ist. Insbesondere die Ausübung des Anschluss- und Benutzungszwangs für die Nutzung von Fern- und Nahwärme muss von den konkreten Rahmenbedingungen vor Ort und den Interessen der Bewohner eines Baugebietes abhängig gemacht werden. Sie darf</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; der Entwurf des LEP wird durch eine Ergänzung der Erläuterungen zu Ziel 10.1-4 geändert. In der Erläuterung zum Ziel 10.1-4 wird bezüglich der Potentiale der kombinierten Kraft-Wärme-Kopplung auf die praktisch nutzbaren, technisch-wirtschaftliche Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung abgestellt. Damit wird verdeutlicht, dass die Regional- und insbesondere die Bauleitplanung vor dem Hintergrund der jeweiligen örtlichen Verhältnisse und der technisch</p>

<p>nicht zu einer generellen Verdrängung anderer Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien führen und die Wahlfreiheit der Bauherren einschränken. Insoweit muss vor Ort ermittelt werden, ob für diese Art der Wärmeversorgung eine Nachfrage besteht und ob sie wirtschaftlich umgesetzt werden kann.</p>	<p>erschließbaren und wirtschaftlich nutzbaren Potentiale angepasste planerische Festlegungen treffen können.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2662 Schlagwort: 10.2-2 Ziel Vorranggebiete für die Windenergienutzung</p>	
<p>Zur Erreichung ihrer Klimaschutzziele setzt die Landesregierung massiv auf den Ausbau der Windenergie. Dazu gibt sie verbindlich vor, dass die Träger der Regionalplanung Flächenumfänge von insgesamt ca. 54.000 ha als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festlegen. Die Flächenkapazitäten sind der "Potentialstudie Erneuerbare Energien NRW, Teil 1 Windenergie, LANUV-Fachbericht 40" (kurz: Potentialstudie Windenergie) entnommen. Sie entsprechen 1,6 % der Landesfläche. Im Sinne des Gegenstromprinzips sollen die Regionalplanungsbehörden auch die bauleitplanerisch dargestellten Konzentrationszonen im Hinblick auf ihre Eignung für die regionalplanerische Festlegung von Vorranggebieten prüfen. Da es zu Abweichungen zwischen den regional- und bauleitplanerischen Festlegungen von Standorten kommen kann, erfolgen die zeichnerischen Festlegungen von Standorten in den Regionalplänen als Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten. Dies ermöglicht zwar den kommunalen Planungsträgern, außerhalb von regionalplanerisch festgelegten Vorranggebieten weitere Flächen für die Windenergienutzung in ihren Bauleitplänen darzustellen. Soweit die Regionalplanungsbehörde allerdings auf Flächen Vorranggebiete festlegt, für die auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung noch keine Windenergienutzung vorgesehen ist, sind die Gemeinden gemäß § 1 Abs. 4 BauGB verpflichtet, ihre Bauleitplanung anzupassen, da es sich bei einem Vorranggebiet um ein Ziel der Raumordnung handelt. Die Festlegung des Flächenumfangs als Ziel der Raumordnung ist abzulehnen. Mengenvorgaben in Zielen der Raumordnung setzen umfassende empirische Untersuchungen voraus. Im Rahmen der landesweiten Potentialstudie Windenergie sind aber eine Vielzahl von für die Planung relevanten Kriterien nicht geprüft worden. Insofern sind die Flächen, die für die Bildung dieses Mengengerüsts zugrunde gelegt worden sind, nicht abschließend abgewogen worden. Der LEP-Entwurf trifft daher keine abschließende Entscheidung, ob in den einzelnen Planungsregionen tatsächlich geeignete Flächen im vorgegebenen Umfang vorhanden sind oder nicht. Nicht</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen; die Zielfestlegung wird geändert und es wird ein neuer Grundsatz ergänzt.</p> <p>Die Festlegung von Vorranggebieten hat den Vorteil, dass diese keine außergebietliche Ausschlusswirkung entfalten und die Kommunen auch über die regionalplanerischen Vorranggebiete hinaus Konzentrationszonen für die Windenergie festlegen können. Sie wird deshalb als Ziel beibehalten.</p> <p>Es hat sich herausgestellt, dass bei den im Entwurf festgelegten Mindestflächen für die einzelnen Planungsgebiete mögliche Beschränkungen durch Anlagen für die Flugsicherung, Landschafts- und Artenschutz nicht hinreichend berücksichtigt werden konnten. Deshalb werden die Vorgaben für die einzelnen Planungsgebiete in einen zusätzlichen Grundsatz überführt. Die von den Trägern der Regionalplanung zeichnerisch festgelegten Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie sollen mindestens die angegebene Flächenkulisse regionalplanerisch sichern.</p> <p>Die im LEP genannten Flächengrößen für den Ausbau der Windenergie beziehen sich auf die regionalplanerische Umsetzung. In Abhängigkeit von den Gegebenheiten einer Kommune können die Möglichkeiten zum Ausbau der Windenergie</p>

ausgeschlossen ist, dass es im Zuge der Flächenprüfung zu einer Reduzierung des Mengengerüsts in einzelnen Planungsregionen unter die Mengenvorgabe des LEP kommt. Da es insoweit an einer abschließenden Abwägung fehlt, kann die Kapazitätsvorgabe nicht als Ziel festgelegt werden.

Auch eine Festlegung als Grundsatz der Raumordnung ist abzulehnen. Die Kommunen haben ihre planerischen Möglichkeiten bereits in der Vergangenheit intensiv genutzt und eine Vielzahl von Windkraftflächen ausgewiesen. Für eine landesplanerische Steuerung fehlt es insoweit an der Erforderlichkeit. Nach einer Untersuchung zum Stand des Windenergieausbaus in NRW durch das Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) waren alleine in den 262 an der Umfrage teilnehmenden Kommunen im Jahr 2012 481 Konzentrationszonen für Windenergieanlagen mit einer Fläche von 20.360 ha ausgewiesen. Im statistischen Mittel verfügt eine Kommune in NRW damit über 1,8 Konzentrationszonen mit einer Fläche von knapp 80 ha. Darüber hinaus bestätigt die Umfrage, dass 50 % der Kommunen aktuell ihr Gemeindegebiet zwecks Erweiterbarkeit der Flächen für die Windenergienutzung untersuchen (Repowering in NRW 2012 Stand und Perspektiven, April 2013). Angesichts dieses Entwicklungsstandes sind Vorgaben des Landes zum weiteren Ausbau weder notwendig noch hilfreich. Vielmehr wird den Gemeinden im Falle von Flächenausweisungen in den Regionalplänen die Möglichkeit, Bürgerbeteiligungsmodelle und andere Formen der kommunalen Partizipation zu organisieren, unnötig erschwert. Hilfreicher wäre vielmehr, das Beratungsangebot des Landes weiter auszubauen.

Aus Sicht der Stadt Eschweiler und des Städte- und Gemeindebundes NRW ist es wichtig, dass der von der Landesregierung forcierte Ausbau der Windenergie der zwischen dem Bund und den Ländern vereinbarten nationalen Ausbaustrategie entspricht. Die Umsetzung der Energiewende ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, in der die Ziele des Bundes und aller 16 Bundesländer aufeinander abgestimmt werden müssen. Hierzu muss auch die Bereitschaft des Landes gehören, die eigenen Ausbauziele daran anzupassen.

Insoweit muss sich der Ausbau der Windenergie auch an den vorhandenen und geplanten Leitungskapazitäten ausrichten. Nicht Mengenvorgaben nach Planungsregionen sichern eine kostengünstige und sichere Stromversorgung, sondern eine Synchronisierung des Zubaus mit dem weiteren Netzausbau. Dadurch wird auch eine Mengensteuerung gewährleistet, die zu weniger Überlastungen in den Netzen,

unterschiedlich sein, so dass nicht primär der gleiche Flächenanteil für jede Kommune umzusetzen ist. Die Angabe von 1,6 % Flächenanteil bezieht sich auf das gesamte Landesgebiet; auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung wird es Abweichungen nach oben und nach unten geben können.

Die Regionalplanung orientiert sich bei der Planerarbeitung im "Gegenstromprinzip" auch an den aktuellen kommunalen Planungen. Treten neue Regionalpläne in Kraft, sind die kommunalen Bauleitpläne gemäß § 1 Abs. 4 Baugesetzbuch an diese Ziele anzupassen. Die kommunale Planung ist frei, auch darüber hinaus Flächen für die Windenergienutzung festzulegen.

Insbesondere die Windenergie kann einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Ausbauziele des Landes Nordrhein-Westfalen für die Erneuerbaren Energien leisten. Dazu ist es notwendig, auch potentiell geeignete forstwirtschaftliche Flächen in den Blick zu nehmen. Gemäß Ziel 7.3-3 ist die Errichtung von Windenergieanlagen auf forstwirtschaftlichen Waldflächen möglich, wenn wesentliche Funktionen des Waldes nicht beeinträchtigt werden. Damit wird ermöglicht, dass auch walddreiche Regionen einen ihrem Potential angemessenen Beitrag zum Ausbau der Windenergienutzung leisten können.

<p>und zu geringeren volkswirtschaftlichen Gesamtkosten führt. Abzulehnen ist schließlich die politische Forderung in den Erläuterungen, wonach die "Landesregierung erwartet, dass sich die Regionen und Kommunen bei Setzung eines Mindestziels nicht mit der Erfüllung des Minimums begnügen, sondern vielfach darüber hinausgehendes Engagement zeigen und damit eine Flächenkulisse von insgesamt ca. 2 % für die Windenergienutzung eröffnet wird" (siehe Erläuterungen, S. 133 f.). Zum einen lässt sich diese Erwartung rechtlich nicht durchsetzen. Zum anderen ist sie mit Blick auf die kommunale Planungshoheit bedenklich, weil der Planungsspielraum hierdurch noch stärker eingeschränkt wird. Die Erläuterungen sind daher zu streichen.</p>	
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2663 Schlagwort: 10.2-4 Ziel Solarenergienutzung</p>	
<p>Die Intention dieser Zielbestimmung, die Inanspruchnahme von Freiflächen durch großflächige Solarenergieanlagen zu verhindern, ist als Maßnahme des Freiraumschutzes zu begrüßen. Mit dem Gebäudebestand steht ein großes Potential an geeigneten Flächen zur Verfügung. Eine sinnvolle Ausnahme von der Vermeidung von Freiflächen-Solarenergieanlagen macht der LEP-Entwurf für die Wiedernutzung von gewerblichen, bergbaulichen, verkehrlichen oder wohnungsbaulichen Brachflächen oder baulich geprägten militärischen Konversionsflächen, Aufschüttungen oder Standorten entlang von Bundesfernstraßen oder Hauptschienenwegen, sofern der jeweilige Standort mit der Schutz- und Nutzfunktion der jeweiligen zeichnerischen Festlegung im Regionalplan vereinbar ist. Wegen der fehlenden bauplanungsrechtlichen Privilegierung von Freiflächen-Solarenergieanlagen ist gegebenenfalls ein Bebauungsplan aufzustellen, der an die textlichen und zeichnerischen Festlegungen der landesplanerischen Vorgaben und der Regionalpläne, die für das Planungsgebiet bestehen, anzupassen ist.</p>	<p>Die Zustimmung zum LEP-Entwurf wird zur Kenntnis genommen; der LEP-Entwurf wird insofern nicht geändert.</p>
<p>Beteiligter: Stadt Eschweiler ID: 2664 Schlagwort: 10.3-2 Grundsatz Anforderungen an neue, im Regionalplan festzulegende Standorte</p>	
<p>Der Grundsatz sieht vor, dass regionalplanerisch neu festzulegende Standorte einen elektrischen Kraftwerk-Mindestwirkungsgrad von 58 Prozent oder die hocheffiziente Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit einem Gesamtwirkungsgrad von 75 Prozent mit KWK ermöglichen sollen. Es bestehen erhebliche rechtliche Zweifel, ob die Landesregierung einen solchen Grundsatz in der Raumordnung regeln darf. Nach derzeitigem Stand der Technik kann</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Grundsatz 10.3-2 wird in seiner bisherigen Form beibehalten. Zur Umsetzung der Klimaschutzziele werden hohe Anforderungen an neue, im Regionalplan festgelegte Kraftwerksstandorte formuliert und als Grundsatz ausgestaltet. Sie sind somit Vorgaben für</p>

von Kohlekraftwerken ein Nutzungsgrad von 58 Prozent nicht erreicht werden. Die derzeit modernsten Braunkohlekraftwerke mit optimierter Anlagentechnik (BoA) erreichen laut Betreiberangaben einen Wirkungsgrad von maximal 44 %, Steinkohlekraftwerke von ca. 47 %. Auch die von der RWE Power geplante neue Generation von Braunkohlekraftwerken (BoAplus) erreicht lediglich einen Wirkungsgrad von ca. 45 %. Der Mindestwirkungsgrad von 58 % ist selbst für flexible und hochmoderne Gaskraftwerke ambitioniert. Ob der Gesamtwirkungsgrad von 75 % mit KWK erreicht wird, ist ebenfalls sehr fraglich und hängt von der Abnahme von Wärme durch Verbraucher ab. Bemerkenswert ist, dass sich die Erläuterungen zur Erfüllbarkeit der geforderten Mindestwirkungsgrade bei GuD-Kraftwerken und KWK-Anlagen einlassen, eine Aussage zu Kohlenkraftwerken hingegen nicht getroffen wird. Nicht ohne Grund!

Angesichts dieser technischen Grenzen kommt die vorgesehene Regelung einem faktischem Ausschluss von Kohlekraftwerken nahe. Zwar sind Grundsätze der Raumordnung - anders als Ziele der Raumordnung - nicht zwingend zu beachten, sondern in der Abwägung oder bei der Ermessensausübung nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften zu berücksichtigen. Insofern wird es zunächst auf die konkrete Ausgestaltung der Regionalpläne ankommen. Dennoch geht von einem solchen Grundsatz die Abwägungsdirektive aus, die Errichtung von Kraftwerken mit schlechteren Wirkungsgraden nach Möglichkeit nicht zuzulassen. Damit könnte ein Verstoß gegen das Verbot der Verhinderungsplanung vorliegen. Da das Instrument der Raumordnung aber nicht das Ziel verfolgen darf, Technologien auszuschließen, spricht viel für die planungsrechtliche Unzulässigkeit dieser Festlegung.

Widersprüchlich ist insoweit auch, dass in den Erläuterungen zum Grundsatz 10.1-1 (s.o. und S. 128 der Erläuterungen) gerade Braunkohlekraftwerke als flexible Ergänzung der fluktuierenden erneuerbaren Energiequellen für erforderlich gehalten werden. Nach der Zielrichtung des Grundsatzes 10.3-2 sollen sie dagegen nicht mehr zugelassen werden.

Diese Widersprüche und die erheblichen rechtlichen Bedenken an der vorgesehenen Regelung können nur beseitigt werden, wenn auf die Festlegung von Mindestwirkungsgraden verzichtet wird.

Zeichnerische Festlegungen des LEP-Entwurfs für das Stadtgebiet von Eschweiler
Die zeichnerischen Gebietsfestlegungen des LEP erfolgen als Vorranggebiete im

nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen. Sie sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG zu berücksichtigen. D.h., sie sind mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die Abwägung einzustellen und können bei der Abwägung mit anderen relevanten Belangen überwunden werden. Die vorgenannten Anforderungen an neu festzulegende Kraftwerksstandorte sind mit sonstigen Anforderungen an die Energieversorgung, wie sie im Grundsatz 10.1-1 Nachhaltige Energieversorgung genannt sind, abzuwägen.

Die zeichnerische Darstellung des LEP wird insofern nicht geändert.

Maßstab 1:300.000 mit einer maßstabsbedingten Darstellungsschwelle von 150 ha. Zeichnerische Festlegungen erfolgen für Ober-, Mittel- und Grundzentren, landesbedeutsame Industrie- und Gewerbestandorte, landes- und regionalbedeutsame Flughäfen, landesbedeutsame Häfen, Gebiete für den Schutz der Natur, Grünzüge, Überschwemmungsbereiche, Gebiete für den Schutz des Wassers sowie geplante Talsperren. Da im Maßstab des LEP nur bedingt räumlich konkret abgegrenzte Festlegungen zu Nutzungen und Schutzfunktionen möglich sind, müssen notwendige Konkretisierungen auf der Ebene der Regionalplanung, der Fachplanung und der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung bzw. Berücksichtigung der Festlegungen des LEP erfolgen.

Weiterhin enthält die Karte mit den zeichnerischen Festlegungen nachrichtliche Darstellungen, die keine eigenen Rechtswirkungen entfalten. Nachrichtlich dargestellt werden Freiraum und Siedlungsraum sowie Braunkohlenabbaugebiete; diese Gebiete wurden mit ihren zum Zeitpunkt der Planerstellung aktuellen regionalplanerischen Abgrenzungen in den LEP-Entwurf aufgenommen.

KARTENSKIZZE

Eschweiler ist als Mittelzentrum festgelegt. An der südwestlichen Stadtgrenze zu Würselen ist ein Gebiet für den Schutz der Natur (Saubachtal) eingetragen. Dabei handelt es sich um eine Fläche, die mit den angrenzenden Flächen im Stadtgebiet von Aachen und Stolberg die landesplanerisch relevante Größe von über 150 ha erreicht und damit als landesweiter Biotopverbund gesichert werden soll. Weiterhin sind in der Kartendarstellung die regionalen Grünzüge im Stadtgebiet festgelegt. Außerhalb des Siedlungsraumes sind Teilbereiche der Indeaeue als Überschwemmungsbereiche dargestellt. Im Südosten an der Stadtgrenze zu Stolberg und Langerwehe ist ein Gebiet für den Schutz des Wassers (Eschweiler-Hastenrather Graben) festgelegt. Die nachrichtlichen Darstellungen des Siedlungsraumes und des Freiraumes entsprechen den Eintragungen im Regionalplan. Als Oberflächengewässer ist der Blaustein-See dargestellt. Gemäß den Abgrenzungen des Regionalplans ist die Fläche des Tagebaus Inden im Nordosten des Eschweiler Stadtgebietes dargestellt.